

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schred-Konto Hannover Nr. 57613
Giro-Konto Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65

Abonnementspreis d. Noten vierteljährlich 1,20 M., d. die Post 1,40 M., Einzel-Nr. 50 Pfg.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile über deren Raum 25 Pfg.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Timberg, Essen. Druck: G. Hansmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Blumenthaler Straße 38-42

Telefon-Nummern: 1700, 1701
Telegramm: Arbeiterbund Bochum

Arbeitskammer-Wahl im Ruhrgebiet.

Am 23. Juni soll die Arbeitskammer neu gewählt werden. Nur noch wenige Tage trennen uns von der Wahl. Kein Wähler darf der Wahlurne fernbleiben!

Wer ist wahlberechtigt und wozu wird gewählt?

Alle 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeiter im Ruhrbergbau, sofern sie Deutsche sind, sind wahlberechtigt. Es wird von 6-9,30 Uhr vormittags und von 12-6 Uhr nachmittags gewählt, und zwar mit wenigen Ausnahmen auf der Zeche in dem von der Zeche bestimmten Lokal. Vor dem Wahllokal erhält der Wähler seinen Stimmzettel mit dem Ausdruck:

Liste Nr. 1

Im Wahllokal wird dem Wähler der Briefumschlag ausgehändigt. Er steckt den Stimmzettel der Liste 1 hinein und übergibt den Wahlumschlag dem Wahlvorstand. Dieser wirft ihn in die Wahlurne.

Wer ist berechtigt, seine Stimme brieflich abzugeben?

Alle Kranken und Urlauber. Ebenfalls solche Arbeiter, die nicht auf der Schachtanlage arbeiten, auf der gewählt wird, aber in der Wählerliste dieser Schachtanlage stehen, weil sie als Wahlort für den Stimmbezirk bezeichnet ist. Also außer Kranken und Urlaubern wenige, da die meisten Kameraden dort wählen, wo sie beschäftigt sind.

Wie erfolgt die briefliche Stimmabgabe?

Der Wähler befüllt einen Stimmzettel des Bergarbeiterverbandes, Liste 1. Diesen Stimmzettel steckt er in einen gewöhnlichen Briefumschlag und verschließt denselben. Der Briefumschlag darf weder Absender noch sonstige Kennzeichen enthalten. Dieser ohne jedes Kennzeichen versehene Brief wird nun neben einem Anschreiben, aus dem die Person des Stimmberechtigten hervorgeht, wieder in einen gewöhnlichen Briefumschlag gesteckt und verschlossen. Der nun fertige Brief wird an den Vorsitzenden des Wahlvorstandes desjenigen Stimmbezirks bzw. der Zeche adressiert, auf der der Absender des Briefes wahlberechtigt ist. Die briefliche Stimmabgabe darf jedoch nicht erst am 23. Juni erfolgen, sondern muß am Donnerstag, den 23. Juni, im Besitz des Wahlvorstandes sein. Es ist zu empfehlen, den Brief schon am 20., spätestens am 21. Juni zur Post zu geben.

Wo wählen diejenigen, die in der Zeit vom 16. bis 23. Juni die Zeche gewechselt haben oder erwerbslos wurden?

Stimmberechtigt sind sie auf der Schachtanlage, auf der sie bis zum 16. Mai gearbeitet haben und dort in der Wählerliste stehen. Auf der Schachtanlage, auf der der Wähler nach dem 16. Mai die Arbeit aufgenommen hat, ist er nur dann wahlberechtigt, wenn er vom Wahlvorstand seiner letzten Arbeitsstelle einen Wahlausweis erhält, in dem bescheinigt wird, daß er in der Wählerliste eingetragen und wahlberechtigt ist. Unter Vorlegung dieser Bescheinigung muß er auf seiner neuen Arbeitsstelle zur Wahl zugelassen werden.

Wem soll der Wähler seine Stimme geben?

Nur solchen Kandidaten, die durch ihre Organisationszugehörigkeit zum Bergarbeiterverband die Gewähr bieten, die Interessen der Arbeiter aufs nachdrücklichste und wirksamste zu vertreten. Die Liste des Bergarbeiterverbandes hat vom Wahlkommissar die Nr. 1 erhalten. Der Liste Nr. 1 zum Sieg zu verhelfen, liegt im Interesse aller im Bergbau und seinen Nebenanlagen beschäftigten Arbeiter. (Von den der Arbeitskammer angehörenden 20 Arbeitervertretern gehörten dem Bergarbeiterverband in der letzten Periode 14 Mitglieder, dem christlichen Gewerksverein 6 Mitglieder an. Die Polen und H.-D. waren nicht vertreten.)

Kameraden! Verbandsmitglieder! Es gilt nicht nur, den Einfluß des Bergarbeiterverbandes in der Arbeitskammer zu erhalten, sondern im Interesse der Bergarbeiter denselben zu stärken. Fort mit der Zerspaltung!

Wählt nur die Liste Nr. 1

Sie ist die Liste des Bergarbeiterverbandes!
Sie ist die Liste der freien Gewerkschaften!

Vorwärts, an die Arbeit!

Unsere „Bergarbeiter-Zeitung“ ist in diesen Tagen auch in einer Sonderausgabe erschienen. Diese Sonderausgabe ist als Flugblatt gedacht an die Unorganisierten. Wir haben darin die Tariferfolge der letzten Monate zusammengefaßt und übersichtlich wiedergegeben. Ebenso ist darin ein kurzer Ueberblick über die hauptsächlichsten Rechtsschutzfolge und die Unterstützungslieferung des Verbandes enthalten. Zweck dieser Zusammenstellung und Veröffentlichung ist, die Unorganisierten an ihre Pflicht zu mahnen. Die Unorganisierten sollen und müssen als Mitkämpfer gewonnen werden. Sie sollen an der Aufstellung lernen, daß der Verband heute eine Notwendigkeit für den Bergmann ist. Sie müssen endlich einsehen, daß der Unorganisierte nur seine eigene Ausbeutung fördert.

Unsere Mitglieder müssen natürlich die Organisation bei der Aufklärungsarbeit unterstützen. Die Probleme und der Inhalt der Sonderausgabe müssen mit den Unorganisierten diskutiert werden. Dazu muß jedes Mitglied in diesen Tagen stets ein Exemplar der Sonderausgabe in der Tasche mitführen. Wo sich Gelegenheit bietet, muß dasselbe vor den Augen der Unorganisierten entfaltet werden. Sie müssen gezwungen werden, Rede und Antwort zu stehen. Immer war ja die Ausrede bis jetzt: „Wenn der Verband mal wieder beweist, daß er etwas für uns herausholt“, dann kommen wir. Jetzt müssen all diese ihr Wort wahr machen. Tun sie es nicht, dann fragt sie: „Warum?“ Daß die Erfolge nicht groß genug wären, kann dabei nicht gelten. Im Gegenteil, sie würden damit nur sich selber beschimpfen.

Wer war denn schuld, daß die Erfolge nicht größer sind? Doch nur diejenigen, die nicht bei uns waren. Diejenigen, von denen die Gelehen immer sagen, daß sie zu ihnen gezählt werden müssen. Diejenigen, von denen die Werksgemeinschaftler verkünden, daß sie direkte Gegner des Verbandes seien. Diejenigen also, die nicht organisiert sind. Die Unternehmer und die Werksgemeinschaftler stützen sich immer auf die Unorganisierten. Nicht nur bei Verhandlungen im Tarifstreit, sondern auch gegenüber der Regierung in bezug des Arbeitsrechts. Immer heißt es: Die Organisationen haben ja nur einen Teil der Arbeiter hinter sich. Die Mehrzahl der Arbeiter — gemeint sind die Unorganisierten — wollen nichts vom Verband wissen. Die Forderungen der Verbände entspringen einem sinnlosen Radikalismus.

Ist es verwunderlich, daß solchen Argumenten auch manchmal Gehör geschenkt wird, wenn bekannt ist, daß Hunderttausende Bergarbeiter nicht organisiert sind? Deshalb alle ans Werk, damit wieder Leben in diese eingefrorene Masse der Unorganisierten kommt! Immer wieder muß ihnen ihre unfaire Handlungsweise vorgehalten werden. Wir müssen an ihren Charakterstolz appellieren. Ein Hundstott, wer sich auf Kosten seines Arbeitskollegen Vorteil macht. Und das tut doch der Unorganisierte. Die Organisierten opfern Woche für Woche ihren Beitrag. Die Unorganisierten spielen sich auf und fragen: Warum? Heute haben sie an den Erfolgen mitprofitiert. Hört ihr sie fragen: Woher? Das ist es aber, was ihnen klargemacht werden muß. Oder glauben sie, daß die Erfolge von selbst gekommen sind?

Die Arbeiter beschwerten sich oft über die sogenannten „Besseren“. Gemeint sind damit insbesondere die intellektuellen Berufe. Diese würden den Arbeiter mißachten. Sie hielten ihn für einen minderwertigen Menschen. Und tatsächlich kommt das oft vor. Aber warum? Weil sie den Arbeiter in seiner Sklavenstellung beobachten. Weil sie sehen, wie er von den Kapitalisten ausgebeutet wird. Und weil sie nicht verstehen können, wie so etwas möglich ist, ohne daß sich der Arbeiter dagegen auflehnt. Diese stumpfsinnige Ergebenheit können sie nicht fassen, mit der der größte Teil sich in dieses Schicksal findet. Sie kennen doch das Millionenheer der Unorganisierten, die gar nichts zu ihrer Besserstellung versuchen. Sie sind sich eben im Zweifel, ob Wesen mit Vernunft und Verstand so fatalistisch und unlästig gegen das Schicksal durchs Leben tapen können.

Auch der Ochse zieht seinen Pflug und brüllt, wenn er müde ist oder Hunger hat. Auch das Pferd zieht seinen Wagen und schlägt einmal aus, wenn die Peitsche zu wehe tut. Aber hilft ihm das etwas? Macht es der Unorganisierte anders? Auch er schimpft sich da und dort einmal aus. Auch er wirft einmal da oder dort das Handwerkszeug während in die Ecke und ballt die Faust. Hilft ihm das etwas? Hat er sich damit schon dem Ochsen und dem Pferd überlegener gezeigt? Wir finden: Nein! Soweit ist er nur Arbeitstier, nicht mehr, nicht weniger. Als Mensch beweist er sich erst, wo er einen Überlegenen und auch einen überlegenen Kampf gegen sein Schicksal beginnt. Und diesen Kampf kann er nur in und mit der Organisation führen. Allein kämpfen zu wollen, oder sich einzubilden es zu können, wäre lächerliche Phantasterei. Wird es nun klar, warum der Intellektuelle die Nase rümpft über die „Masse“ Arbeiter?

Denkst du noch daran, wie die deutschen Arbeiter fast rastlos zusammenstanden? Damals, nach der Revolution? Haben da die „Besseren“ auch die Nase gerümpft? Nein! Da hatte man eben den Arbeiter in seiner ganzen Kraft vor sich. Das war ein organisierter Millionenwille. Was das bedeutete, haben die Intellektuellen damals begriffen. Die Arbeiter nicht. Bis heute noch nicht. Hätten sie es begriffen, dann ständen sie noch zusammen. Mann für Mann. Keiner dürfte fehlen. Wäre dieser Macht auf die Dauer zu widerstehen gewesen? Das ist die Frage, die zur Beantwortung steht. Nicht: warum wurde es denn „damals“ nicht gemacht? Die Frage ist müßig. Wäre jenes gewaltige Heer von zwölf Millionen Organisierten einig geblieben, dann wäre heute sicher gemacht, was „damals“ nicht möglich war.

Das alles müssen wir wieder mit den Unorganisierten diskutieren. Jedes Mitglied muß wenigstens einen gewinnen. Nicht ruhen, nicht rasten! Der Arbeiterstolz schon gebietet es. Die Welt muß wieder erfahren, daß wir keine Arbeitstiere sind. Sie muß sich bewußt werden, daß auch die Arbeiter Menschen sind und ihr Recht zu erkämpfen wissen. Daß wir nicht Memmen, sondern Männer sind. Organisierte, ihr seid die Vorkämpfer! Duldet es nicht, daß die Unorganisierten euch zu den Opfern, die ihr gebracht, verhöhen. Geht zum Angriff über mit unermüdlichem Verben. Der Letzte muß gewonnen werden!

Vorwärts, an die Arbeit!

Der Klassenkampf im Zentrum.

Der Klassenkampf ist nicht eine sozialistische Theorie, nicht etwas, das die Sozialdemokratie predigt, sondern etwas, was sie als vorhandene Tatsache feststellt. Die Produktionsmittel (Grund und Boden, Bergwerke, Fabriken usw.) befinden sich in der kapitalistischen Gesellschaft in den Händen der Privatkapitalisten. Sie lassen ihr Eigentum „arbeiten“, lassen es immer neues Geld heften, indem sie die Arbeitskraft des Arbeiters billiger kaufen, als dem Wert der durch diese Arbeitskraft geschaffenen Produkte entspricht. Um diesen unbezahnten Mehrwert tot ein steter Kampf. Einmal zwischen den Kapitalisten unter sich, weil jede Gruppe durch ihre wirtschaftliche Macht oder durch Einwirkung auf die Gesetzgebung einen möglichst großen Teil dieses Mehrwerts für sich zu erlangen sucht. Der Hauptkampf auf diesem Gebiet spielt sich aber zwischen den Klassen der Unternehmer und der von ihnen wirtschaftlich Abhängigen ab. Die Letzteren wurden mit der steigenden Macht der Kapitalistenklasse gezwungen, sich organisiert zur Wehr zu setzen, da der ungebremste Kapitalismus keine Rücksicht, keine Sentimentalität, kein Erbarmen kennt, und wie Marx einmal dem Sinn nach sagte, bei 10 Prozent Dividende rücksichtslos, bei 20 Prozent gewalttätig ist und bei 30 Prozent vor seinem Verbrechen zurücksteht.

Die bürgerliche Sozialpolitik verdankte ihr Entstehen der Einsicht, daß man die Arbeiterklasse bei schwerer, ungesunder Arbeit nicht ganz verhungern und verkommen lassen dürfte, wenn nicht der Staat schweren Schaden leiden sollte. So waren in Preußen vor 100 Jahren die ersten sozialpolitischen Eingriffe, Beschränkung der Arbeitszeit, Schutz der Frauen und Kinder zurückzuführen auf den in Erscheinung tretenden Rückgang der Militärtauglichkeit! Aber diese staatliche, bürgerliche Sozialpolitik entsprang nur einer ähnlichen Notwendigkeit, wie sie den Landwirt zur Düngung seines Bodens zwingt, wenn seine Aussaat sich überhaupt lohnen soll. Mit der Achtung des schaffenden Men-

schen, welche dieser in neuerer Zeit beansprucht, hatte sie recht wenig zu tun.

Die Arbeitnehmer wurden durch die Entwicklung gezwungen, sich nicht nur wirtschaftlich zu organisieren, sondern auch sich in Politik und Gesetzgebung Geltung zu verschaffen. Dieses Streben wurde in der Vorkriegszeit mit allen Machtmitteln des Staates und des Unternehmertums unterdrückt. Koalitionsverbote, Sozialistengesetze, Umsturzesetze, Zuchthausvorlagen und Klassenjustiz sollten diesem Zweck dienen. Schon vor dem Kriege zeigte jedes neue Jahr die größer werdende Ausichtslosigkeit dieses Beginners. Im Krieg zwangen die Verhältnisse zur Anerkennung der Gewerkschaften und mit Kriegsende ergab sich diese Anerkennung zwangsläufig in noch weit höherem Maße.

Hätten die breiten Massen der Arbeiterbewegung die Bedeutung ihrer Organisationen ebenso deutlich erkannt wie die Unternehmer, so hätten dieselben größeren Einfluß in Wirtschaft und Gesetzgebung, als es heute der Fall ist!

Nach dem Umsturz der alten „Ordnung“ konnte man aber die Arbeiterbewegung nicht mehr so beiseite schieben, wie früher. Wir haben einen demokratisch-republikanischen Staat, der nach seiner Verfassung mit sozialem Inhalt erfüllt werden soll, in dem Angestellte und Arbeiter gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu beteiligen sind. In steigendem Maße sind Vertreter der organisierten Arbeiterbewegung in Staats- und Gemeindegremien hineingekommen, in der Sozialpolitik mußte man unter dem Druck der Arbeiterbewegung mehr tun, als früher. In Verbindung mit alledem regen sich auch in bürgerlichen Parteien Angestellte und Arbeiter mehr, um in ihren Parteien zur Geltung zu kommen. Wie in der Wirtschaft und Politik im Großen, so stehen in diesen Parteien im Kleinen die Klassengegensätze schroffer aufeinander. Um die gebührende Geltung im Parlament wurden die Ar-

betnehmer in diesen Parteien bis jetzt allerdings noch geprellt. Lam bach von den Deutschnationalen konnte vor kurzem feststellen, daß die Arbeitnehmer in den bürgerlichen Parteien nur drei Duzend Reichstagsabgeordnete hätten, während sie dreizehn Duzend haben müßten. Das wird, abgesehen vom Zentrum, auch kaum anders werden. Die Deutschnationalen werden ein paar Weibensführer Mandate geben, die Deutsche Volkspartei wird Winnefeld und noch einige andere mitlaufen lassen, das Zentrum wird allerdings auf diesem Gebiet mehr Konzessionen machen müssen, denn mit den paar an den Fingern herzzählenden Vertretern, die heute als Zentrumsmitarbeiter in Reichstag und Landtag sitzen, dürften die Zentrumsmitarbeiter sich auf die Dauer nicht zufrieden geben.

Klassenkampf im Zentrum, Rebellion der Zentrumsmitarbeiter gegen veraltete Parteitradition hat es seit Jahrzehnten gegeben. Die „christlich-soziale“ Bewegung in den 70er Jahren führte 1877/78 zu offener Rebellion, zur Aufstellung des Arbeiterkandidaten Stöbel gegen den offiziellen Zentrumskandidaten. Die Sozialdemokraten gaben damals in der Stichwahl den Ausschlag für den Zentrumsmitarbeiter. Bei Zolltariffkämpfen, bei der Finanzreform 1902 rebellierten weite Zentrumsmitarbeiterkreise und nach dem Umsturz machten sie ihre Forderungen immer stärker geltend. In Bayern und Preußen wurden Zentrumsmitarbeiter Minister, im Lande riefen viele von ihnen in Staats- und Gemeindefunktionen ein. Auch hier gab es oft heftige Kämpfe. Als Gronowski Oberpräsident von Westfalen werden sollte, setzte das rechte Zentrum alles in Bewegung, dies zu verhindern — ohne Erfolg. Als schließlich ein christlicher Gewerkschaftler Regierungspräsident in Köln werden sollte, unterlag er den Aufregungen aus den eigenen Reihen, dafür wurde er Polizeipräsident.

Die neuere Wochenschrift des Zentrums hat die Gegensätze im Zentrum nicht vermindert. Wenn die Zentrumsmitarbeiter bei dieser Gelegenheit nicht angebrochen sind, so verfolgen sie doch mit großer Sorge die Möglichkeiten sozialer Reaktion, die sich aus längerer Dauer der Regierungskoalition des Zentrums mit den Deutschnationalen ergeben müssen.

Dr. Wirth hat sich bei der Abstimmung gegen die Regierungskoalition erklärt, er hat nachher offen den Kampf gegen sie gepredigt. Als er, temperamentvoll wie er ist, in Königsberg das Kind beim rechten Namen nannte und von Gefinnungsstumperei der Deutschnationalen sprach und den Kampf gegen diese Koalition forderte, richtete Marx einen Schreibbrief an ihn, der mit „Maßnahmen“ drohte, wenn Dr. Wirth diese Art nicht aufgab. Auf einen Ausschluß hat es aber das Zentrum nicht ankommen lassen, denn in der Sache sind weite Zentrumskreise mit Wirth einverstanden. Der Parteivorstand hat Wirths Auftreten bedauert und mißbilligt. Das Berliner Zentrum hatte veröffentlicht, daß es fast restlos hinter Dr. Wirth stehe, das neue katholische Tageblatt, das „Westdeutsche Volksblatt“ in M. Gladbach, gegründet gegen die offizielle Zentrumspresse im Bezirk, warnte davor, die Anhängererschaft Wirths zu unterschätzen und Wirths Versammlungen im Reich haben diese Warnung deutlich unterstrichen. In Koblenz, Heidelberg und Dagen hat Wirth in mächtigen Reichsbannerversammlungen seinen Standpunkt unterstrichen. In Heidelberg erklärte Wirth,

„das Reichsbanner lehne es ab, eine neue Partei zu bilden, denn wir hätten gerade genug davon. Es fehle nur noch die Partei der Aushäufel. Aber worauf es ankommt, sei, daß die Parteien von Weimar auch weiterhin innerlich ihrem Werke gegenüberstehen. Wir müßten dafür sorgen, daß im nächsten Reichstag 30 Republikaner mehr sitzen als jetzt. Dann ist die Schlacht gewonnen. Der Redner begrüßte die eben bekanntgewordene Ankunft des amerikanischen Fliegers auf deutschem Boden. Es habe vor Jahren bei uns Leute gegeben, die erklärten, die Amerikaner könnten nicht fliegen und nicht ichleben. Aber sie hätten es uns bewiesen. Einer dieser Herren war der Reichsjustizminister D e r g t., von dem man wünschte, daß er selber bald fliegen möchte. (Stürmischer Beifall.) Die Reichsregierung möchte wünschen, daß bald bei ihr veränderliches Wetter eintrete. In Königsberg sei er der Reaktion etwas unter die Arme gefahren, und gleich habe man nach dem Staatsgerichtshof gerufen. Wenn sie wollen, mögen sie mich dorthin zitieren, denn ich habe nur das ansgeführt, was die Herrschaften unter sich selber einander an den Kopf geworfen haben. Soll ich denn hier in Deutschland den Stummeln spielen, wo die Reaktion redet? Was hilft uns alles, wenn wir nicht in den politischen Kämpfen nach unserer Ueberzeugung wirken und kämpfen dürfen, damit die republikanische Idee in den Parteien auch zur Geltung kommt. Wenn wir charakterlos, feige und schwach sind, wird die Republik zugrunde gehen. Ich komme nicht in meine babylonische Heimat, um einen Konflikt heranzubereiten, aber

meine engeren Freunde müssen es verstehen, daß es nur dann möglich ist, die deutsche Republik in politischem Geiste zu erobern, wenn wir, wie Ebert, Rathenau und Erzberger, den großen Mut zur Konsequenz, zur Aufrichtigkeit und Wahrheit aufbringen. Wenn meine Freunde heute meinen, ich sei der verlorene Sohn, so sage ich: ich bin der konsequente deutsche Republikaner. Jeder Tag kann uns eine große Wahlschlacht im Reich bringen. Wir müssen gerüstet sein, damit nicht die Freunde auf der einen Seite des Reichsbanners gegen die Freunde auf der anderen Seite neben der Reaktion marschieren. Die Hauptsache ist, daß die Republikaner nicht selbst umfallen. Wenn im Wahlkampf gesagt werden sollte, die Religion sei in Gefahr, so mache ich eine solche Parole nicht mit, denn es ist etwas ganz anderes in Gefahr als die Religion. Noch niemals seit Napoleons Tagen ist die Religion bei uns so frei und gerecht behandelt worden wie in der Republik. Darum hätten die Diener der verschiedenen Religionsbekenntnisse allen Grund, der Fahne Schwarz-Rot-Gold ergeben zu sein.“

In Dagen hatte Dr. Wirth am Tage zuvor erklärt: „30-40 Republikaner müssen wir mehr haben im nächsten Reichstag. Wir 3 1/2 Millionen im Reichsbanner haben 7 Millionen Käufte, haben jeder unser Dorn. Gebrauchen wir sie! Jeder Arbeitmann muß sein gewerkschaftliches Mitgliedsbuch in der Tasche haben, jeder Reichsbannermann muß Mitglied einer politischen Partei sein. Wir gründen keine neue politische Partei. Es gibt schon viel zu viel Parteien. Jeder von uns aber muß ein politisches Gewissen haben. Wir wollen und dürfen keine Untertanen mehr sein. Wir müssen zum Staat kommen. Wenn wir nicht zum Staat kommen, dann kommt die Reaktion zu ihm.“

Die Pfingsttagung der westdeutschen katholischen Arbeitervereine zeigte ebenfalls deutlich, daß diese Kreise sozialen Fortschritt statt Sozialreaktion wollen. F o o s schreibt in einer Betrachtung über die Tagung:

„Niedriger Preis und hoher Lohn muß unsere Parole sein. Die Verbreiterung und Verstärkung der Kaufkraft der Massen ist einzig gesundes Wirtschaftsprinzip. Seht die Arbeitererschaft von sich aus noch die eigene Selbstacht in der vernünftigen Verwendung des Lohneinkommens hinzu (stetliche Ordnung des Konjunks), dann ist der Aufstieg gesichert. Die Masse der Arbeiter wird gleichwertiger Stand in der Gesellschaft, Völbürger.“

Den Sozialismus lehnt diese Richtung ab, aber es ist bemerkenswert, wie sie das tut:

Die zunehmende Sättigung des Binnenmarktes.

Nach den Veröffentlichungen der letzten Zeit gehen wir einem Hochstand der Konjunktur entgegen. Die Wellenlänge zwischen Hochkonjunktur und Wirtschaftskrise hat sich in der Nachkriegszeit vermindert. Die Zeitspanne zwischen dem Stande der Hochkonjunktur und der beginnenden Wirtschaftskrise betrug in der Vorkriegszeit etwa 1 1/2 Jahre, 1925 dagegen nur dreiviertel Jahr. Seit der letzten Hochkonjunktur vor zwei Jahren hat die deutsche Wirtschaft eine größere Festigkeit erfahren. Sie ist in das Getriebe der Weltwirtschaft wieder eingeschaltet worden, die eigene Kapitalbildung bietet ihr einen größeren Rückenhalt, so daß nach all diesen Merkmalen der jetzige wirtschaftliche Aufschwung wahrscheinlich eine längere Dauer haben wird. Das Institut für Konjunkturforschung untersucht in dem jetzt erschienenen Heft die wirtschaftlichen Aufschwungsmöglichkeiten in Deutschland nach allen Seiten und kommt dabei zu folgendem zusammenfassenden Ueberblick:

„Ende Februar 1927 ergab sich das Konjunkturbild eines zögernd fortschreitenden Aufschwungs. Die Aufwärtsbewegung hat sich inzwischen in beschleunigtem Tempo fortgesetzt. Die wirtschaftliche Aktivität hat Ende Mai einen Grad erreicht, der schon zu gewissen Reibungs- und Spannungserscheinungen geführt hat, wie sie für eine der Hochspannung sich nähernde Aufschwungsphase kennzeichnend sind. Dies zeigt sich mit aller Deutlichkeit sowohl auf der Geldseite wie auf der Güterseite der Wirtschaft. Der Zahlungserfolg hat sich erweitert. Die „Drei Märkte“ befinden sich nach ihrer Konstellation in dem zweiten Abschnitt eines Aufschwungs: der Warenmarkt dehnt sich aus, der Effektenmarkt hat einen Rückschlag erlitten, der Geldmarkt ist angespannt. Produktion und Umsätze sind in den letzten Monaten ständig gewachsen. Dabei hat aber die Produktivgütererzeugung, die von

Wenn auch Sozialismus und Christentum gegen den kapitalistischen Geist stehen, so unterscheiden sie sich doch fundamental im Ausgangspunkt und im Ziel, in den Mitteln und im Weg. Gott steht für uns im Anfang und am Ende, für die Sozialdemokratie nur die Welt des Irdischen. Vom Religiösen her bekommt unser Leben Sinn und Richtung, der unreligiöse Sozialismus leidet an der Sinnlosigkeit von Lebenszuständen. Aus allen diesen Gründen können katholische Arbeiter diesem Sozialismus und dieser Sozialdemokratie nicht folgen. Sie können zweckhafte politische Koalitionen ihrer Partei mit der Sozialdemokratie verfechten, aber sie werden sich hüten, ihre eigene religiös-soziale Gedankenwelt darum zu verwischen oder aufzulösen. Weder Einheitsorganisation noch Einheitspartei ist notwendig, noch möglich. Unsere Wege liegen nebeneinander. Nur indem die katholischen Arbeiter ihr eigenes Wesen tiefer begründen und unverfehrt erhalten, können sie die Früchte und Heilkräfte der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung fortrigieren.“

Einem sozial gerichteten, die Arbeiterschaft nicht vor den Kopf stoßenden Zentrum werden im Kampf der Geister nur langsam Anhänger abfallen, einem reaktionären Zentrum droht Massenabfall. Wir können nur wünschen, daß die Zentrumsmitarbeiter sich immer mehr mit ihren sozialen Forderungen, in ihrer Stellung im öffentlichen Leben durchsetzen und wir sollen diese Bewegung unterstützen, indem wir die Religion als die innerste Herzenssache jedes einzelnen Menschen betrachten, dafür aber um so schärfer die soziale Schicksalsgemeinschaft aller Proletarier und die Notwendigkeit ihres gemeinsamen Kampfes gegen den Kapitalismus betonen!

Jeder Arbeitmann muß politisch und gewerkschaftlich organisiert sein! Diesen Mahnruf Wirths, von uns immer erhoben, möchten wir unterstreichen. Millionen von Schaffenden stehen im Lager der Unorganisierten und besorgen dadurch die Geschäfte der politischen und sozialen Reaktion! Sie alle gehören zu uns. Ein politisch und sozial reaktionäres Zentrum wird seine Arbeiter nicht dauernd halten. Deshalb wird das auf seine Erhaltung bedachte Zentrum auf die Dauer keine reaktionäre Politik nach dem Herzen der Volkspartei und der Deutschnationalen machen können. Wirth wird als republikanischer Sanerter im Zentrum wirken. Wirten wird als solcher, jeder an seinem Teil in den Reihen aller uns noch Fernstehenden, damit wir nicht nur die Republik erhalten, sondern sie umgestalten im Sinne raschen sozialen Fortschritts!

Oktober 1926 bis Februar 1927 zunächst stärkere Fortschritte gemacht hatte, die Führung nunmehr an die Verbrauchsgüterindustrien abgegeben. Ueberdies scheint die volkswirtschaftliche Vorratsbildung einen Charakter anzunehmen, der auf zunehmende Sättigung des Binnenmarktes hindeutet. Durch die Zahlen des Außenhandels wird das insofern bestätigt, als die Mehreinfuhr an Rohstoffen und Halbwaren lehtin leicht abgenommen hat. Wenn die Wirtschaft in die Phase der Hochspannung eintreten wird, läßt sich nicht mit Bestimmtheit angeben, zumal die Dauer der einzelnen Phasen sich bis auf weiteres nicht berechnen läßt. Es könnte sich sogar zunächst wieder eine Entspannung ergeben. Soviel kann aber gesagt werden, daß die Auffassung nicht zutreffend ist, der Umschwung an der Börse sei schon das Signal für einen bald zu erwartenden Rückgang im sonstigen Geschäftsleben. Die Abschwächung der Effektenkurve dürfte vielmehr mit einer Folge gerade der stärkeren Kräfteanspannung im Bereiche der Produktion und des Warenhandels sein.

Ein bemerkenswertes Zeichen der deutschen Wirtschaftslage liegt darin, daß die Verbrauchsgüterindustrien bei der Aufwärtsbewegung die Führung übernommen haben. Daraus wird geschlossen, daß wir schneller, als man sonst annehmen möchte, in die Hochspannung geraten können. Auch deutet die zunehmende Sättigung des Binnenmarktes (?) im Verhältnis zur wachsenden Produktion darauf hin, daß sich eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Aufschwungs anzubahnen scheint. Damit tritt, so folgert das Institut, der Binnenmarkt etwas in den Hintergrund und der Absatz ins Ausland gewinnt damit wieder größere Bedeutung. Die Umsätze des ersten Vierteljahres 1927 gehen beträchtlich, nämlich um 4,59 Milliarden Mark oder um 19,1 Proz. über den Stand des ersten Vierteljahres 1927 hinaus.



Die Erlösung naht!

Du sagst mir, daß Nichts es sei, im Leben Neiz zu bilden und zu schaffen, daß der von allen Fesseln nur ich frei, dem Geist und Mykeln nimmermehr erschaffen? Das ist ein wahres Wort, das sag ich auch. Der ist kein Mensch, der taub und trüg im Graje mit fetten Wissen mähet sein Fauch und — was er tut und denkt, nichts ist als leere Phraze. Doch schaut mal nach, ob Recht und Nicht harmonisch auch bei uns zusammenhängen? Denn war es so, glaub mir, die letzte Feitel bricht leicht und breitet dann von unjern Füßen. Doch steig hinunter nur in unsere schwarze Nacht: Schweifend nakte Menichen Schätze graben, dickeil in gleißend heller Sonnenpracht sich andere an ihrem Aische laben, ganz unbekümmert darum, ob auch diese, wie Menschenrecht es fordert, menschenwürdig leben. Hohnut, Verschwendung siehst du hier nur und Genüsse, und Hunger, Stumpfinn, Not, Verlassenung hoch daneben. Ist unser Geist vielleicht nicht edel und erhaben, um alles Gute, Heine, Schwöne anzujagen? Darf unser Körper nicht in Licht und Luft sich baden? Warum läßt man an uns nicht wahre Menschlichkeit? Warum denn eine Klasse, die da schmachtet und die da leben muß in Schmutz und Niedrigkeit? N, käme doch über uns ein jäh Erwachen, ein Wachen, Wähen in die ausgebreitete Saat! Ich höre Ketten klirren, bersten, frachen... Ein Jubeln, Jandzen, Freuen... Die Erlösung naht!

Ernst Gerlach, Jugendobmann in Wimmelburg.

Nachgiebiger Spurlattenhalter für Berwertschächte.

Ein wunder Punkt bei der Blindschacht- und Stapelförderung in Bergwerken ist das Festklemmen des leeren oder schwach belasteten Förderkorbes. Da die Spurlatten, die der Führung des Korbes dienen, gewöhnlich fest an den Einstrichen des Stapelausbaues angebracht sind, sind sie gezwungen, jede Auswirkung des Gebirgsdruckes mitzunehmen. Mit zunehmendem Gebirgsdruck wird der Abstand der Spurlatten voneinander enger, er wird

unter Umständen plötzlich enger, wenn sich ein Abbau dem betreffenden Stapel nähert. Unter solchen Umständen werden die Spurlatten von den Führungsschuhern des Förderkorbes stark angegriffen und abgehobelt, weiter wird sich der abgehende Förderkorb, sofern er leer oder schwach belastet ist, festklemmen. Beim aufwärtsgehenden Korb ist auch die übermäßige Beanspruchung des Förderseiles zu beachten.

Ein Festklemmen des Förderkorbes ist aber nicht allein mit wirtschaftlichen Schäden, sondern vielfach auch mit einer Gefährdung der Betriebssicherheit verbunden. Das verbotswidrige Fahren in Stapelschächten ganz außer acht gelassen, sind heute eine ganze Anzahl von solchen Stapelschächten zur Seilfahrt eingerichtet, auch in den nicht zur Seilfahrt zugelassenen Stapelschächten müssen Arbeiter und Beamte öfters Kontrollfahrten ausführen. Es kann dann sehr leicht vorkommen, daß der niedergehende Korb sich festklemmt und durch das Gewicht des dann entleerten Hängeseiles zum freien Fall gebracht wird, wodurch das Seil auch bei stillgelegter Maschine gar leicht ins Rutschen kommt. Jedemfalls kommen durch das Festklemmen der Förderkörbe in Stapelschächten und den damit verbundenen Begleitumständen fortgesetzt zahlreiche Unfälle vor.

Diesen drohenden Betriebsstörungen und Gefahren soll eine neue Vorrichtung, der nachgiebige Spurlattenhalter, durch den die Spurlatten so elastisch angebracht sind, daß kein Festklemmen der Körbe mehr möglich ist, begegnen.

Der Spurlattenhalter besteht zunächst aus einer an dem Einstrich festgeschraubten, mit zwei Augen versehenen starken Eisenplatte. Durch die beiden Augen wird ein in der Längsrichtung verchiebbarer Bolzen geführt, der zwischen den Augen von einer starken Spiralfeder umgeben ist. An dem dem Stoß zu gerichteten Ende des Bolzens hat derselbe eine Widerlage Scheibe und einen Splintverriegelung. Am anderen Ende endigt er in einem Schuh, an den die Spurlatte mit Verschraubungen befestigt wird. Da der Bolzen am äußeren Ende gegen die Schachtwand durch den Splintverriegelung festliegt und nur zum Schachtinnern zu beweglich ist, hat die Spiralfeder das Bestreben, den Bolzen mit dem Spurlattenschuh und somit auch die Spurlatte selbst schachteintwärts zu drücken.

Beim Einbau der Spurlatten bleibt jeweils Spurlatte und Schachtzimmerung ein Spielraum von je 3 cm. die lichte Weite der Spurlatten ist also um 2 x 3 = 6 cm elastisch. Bei eintretendem Gebirgsdruck verringert sich der Spielraum zwischen Spurlatte und Zimmerung, er löst sich also nicht oder doch nur sehr wenig auf die Spurlatten aus. Beim Verahren des Stapels kann man ohne weiteres an dem Zusammenrücken der Spiralfeder, besonders wenn Korb oder Gegengewicht durchgehen, die druckhöfsten Stellen beobachten. Ist der Gebirgsdruck so stark, daß sich die Spurlatten an die Einstriche anlegen, also die lichte Weite um 6 cm verringert ist, so muß man an der betreffenden Stelle für Abhilfe sorgen, indem man den Luerichnitt erweitert.

So scheint die Neuerung tatsächlich dazu angetan, die wirtschaftlichen Störungen in Stapelschächten gänzlich zu beseitigen und auch zur Sebung der Betriebssicherheit beizutragen. Mg.

Der tiefste Schacht der Erde.

Auf Temperaturgrade, die das Metall elektrischer Batterien zum Schmelzen brachten, stieg man bei der Bohrarbeit an einem Schacht in Orange County in Kalifornien, der den Vereinigten Staaten den Ruhm sichern soll, den tiefsten Schacht, den es gibt, zu besitzen. Bis jetzt ist man mehr als 2400 Meter tief in das Erdinnere eingedrungen, und man hat damit einen neuen Rekord erzielt, da der bisher tiefste Schacht, der Peoples Natural Gas Company am Lincoln Highway bei Pittsburg, nur ungefähr 2100 Meter tief ist. In der Tiefe von etwas mehr als 2000 Meter wurde schon die Temperatur des kochenden Wassers überschritten, so daß die Batterie der photographischen Apparate, die zur Aufnahme der Profile in der Tiefe dienten, vollständig geschmolzen wurde, denn der Schmelzpunkt der hier verwandten Metalle liegt bei 100 Grad Celsius. Abgesehen davon, daß man es hier mit der tiefsten Schachtanlage, die bisher erbort wurde, zu tun hatte, ist das Unternehmen noch dadurch bemerkenswert, daß bei der Bohrung ausschließlich elektrische Kraft bis zu einer Tiefe von über 6000 Fuß Verwendung fand. Mit der Ausschachtung des Bohrloches, an der ununterbrochen gearbeitet wurde, hatte man am 13. März 1925 begonnen, und die leitenden Ingenieure versichern, daß die Bohrarbeit so lange wie möglich fortgesetzt werden wird. Von anderen Schächten, die außer den beiden bereits genannten als besonders tief bekannt sind, seien hier Kobermans Feld in Kalifornien mit 2115 Meter Tiefe, Fairmount in West-Virginia mit 2111 Meter, Luchow in Polnisch-Oberschlesien (nördlich von Gleiwitz) mit 2240 Meter, Dominguez in Kalifornien mit 2196 und MacDonald in Pennsylvania mit 2174 Meter erwähnt.

Ferienkolonie Röhbrand bei Hamburg.

Im Anschluß an den sozialdemokratischen Parteitag in Kiel tagte am 30. und 31. Mai im Gewerkschaftshaus zu Kiel die Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt. Ueber die dort gepflogenen Verhandlungen ist in der Presse eingehend berichtet worden. Die Leitung der Arbeiterwohlfahrt Hamburg ließ auf der Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt unter den Delegierten, die auf ihrer Rückreise über Hamburg fahren mußten, eine Liste zirkulieren und erjuchte die Delegierten, das Jugendgefängnis auf der Insel Bahndorferland bei Hamburg sowie die Ferienkolonie Röhbrand zu besichtigen. Von dem Anerbieten machten ca. 70 Delegierte Gebrauch, darunter etwa 40 Frauen. Die Wahrnehmungen in der Ferienkolonie Röhbrand wollen wir im nachstehenden kurz wiedergeben. Dem Anerbieten wurde nun so freudiger Rechnung getragen, da gerade in Hamburg die öffentliche und die private Armenpflege schon vor dem Kriege eine umfangreiche war. B. in Hamburg schon 1904 über 6 1/2 Mill. Mk. in das Budget eingestellt. Die Abfahrt erfolgte am Mittwoch, den 1. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr mit der Hochbahn vom Hauptbahnhof Hamburg bis zum Bahnhof Baumwall. Die Führung hatte in zuvorkommender Weise

Ueber den Beschäftigungsgrad der einzelnen Industriezweige ist folgendes zu sagen: Der Kohlenbergbau stagniert. Die Hohenbergwerke verzeichnen einen sehr guten Beschäftigungsgrad. Der Produktionsstand von monatlich über eine Million Tonnen wird nach wie vor behauptet. Nach dem Stahlwerksverband läßt der Absatz und die getätigten Abschlüsse im Inlandsverkehr nichts zu wünschen übrig. Die vorliegenden Aufträge ergeben eine Vollbeschäftigung der Werke auf drei Monate. Ueber alle Maschinen gut beschäftigt ist die Textilindustrie. Die Werte vermögen die Aufträge kaum zu erledigen. Vorkriegsfristen werden bis zum Ende des Jahres verlangt. Voll beschäftigt ist die chemische Industrie. Das gleiche gilt von der elektrotechnischen Industrie. Die Maschinenindustrie kann ebenfalls einen guten Beschäftigungsgrad verzeichnen. Besonders ist dies der Fall in der Automobilindustrie, im Textilmaschinenbau und im Schiffbau. Die Produktionsmittelindustrien verzeichnen fast durch-

gängig einen guten Beschäftigungsgrad. Der Auftragsbestand in der Papierindustrie hat im Mai weitere Fortschritte gemacht. Das Baugewerbe ist gut beschäftigt, obwohl sich in der Kapitalbeschäftigung und durch die hohen Rohstoffpreise die Konjunktur zu vermindern scheint. Dieser gute Beschäftigungsgrad großer Industriezweige hat sich günstig auf dem Arbeitsmarkt ausgewirkt. Die Arbeitslosenziffer hat sich Mitte Mai auf 716.000 gesenkt, dazu treten die der Arbeitslosenversicherung überwiegenen Arbeitslosen von rund 250.000, so daß die Arbeitslosenziffer ungefähr eine Million beträgt. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres hat sich die Arbeitslosenziffer um 1.250.000 verringert.

Das Bemerkenswerteste bei dieser ganzen Prognose ist, daß sich jetzt schon eine Zättigung des Binnenmarktes zeigen soll. Daß diese Möglichkeit besteht, soll nachstehender Artikel zeigen, der aber auch gleichzeitig die Ursache und den möglichen Ausweg aufzeigt.

Der Weg zum weiteren Aufstieg.

Gegenwärtig besteht in Wirtschaftskreisen ein lebhafter Gedankenaustausch darüber, ob die Preise eine weitere Erhöhung erfahren sollen. Bekanntlich hat sich für Fertigerzeugnisse, desgleichen auch für Lebensmittel- und Verbrauchsgüter eine nicht unwesentliche Preissteigerung nach oben ergeben. In der Vorkriegszeit war jeder Wirtschaftsausschlag durch ein Ansteigen der Preise gekennzeichnet. Man betrachtete dies als ein Naturgesetz der kapitalistischen Wirtschaft. Demgegenüber muß mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß die gegenwärtige Konjunktur eine reine Inlandskonjunktur ist. Nach der Zeit des Wirtschaftstiefes und der Unterversorgung des heimischen Marktes hat sich mit der zunehmenden Kaufkraft, die durch Auslandskredite unterstützt wurde, eine erhöhte Nachfrage im Inland ergeben.

Jeder vernünftige Wirtschaftspolitiker wird hieraus folgern, daß eine weitere Kräftigung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaftsgestaltung von ungleichbedeutender Bedeutung ist. Da die Einkommenslage großer Massen der deutschen Bevölkerung noch sehr schlecht ist, so liegen unserer Erachtens hier ungeheure Reserven, die zur weiteren Verbesserung der Wirtschaftslage und zur Stabilisierung derselben herangezogen werden können. Die Gewerkschaften können es als einen Erfolg buchen, daß ihre Tätigkeit am meisten zur Verbesserung der Wirtschaftslage beigetragen hat. Damit haben sie sich als ein wertvoller Faktor der Wirtschaft erwiesen. Je mehr die Arbeiter und Angestellten dies erkennen, je kraftvoller werden die Gewerkschaften ihre Mission erfüllen können zum Wohle der Hand- und Kopfarbeiter und der gesamten Wirtschaft. Manches ist schon erreicht, aber vieles bleibt noch zu tun. Zum Beweise folgendes:

Das Institut für Konjunkturforschung macht in seinem letzten erschienenen Heft an Hand des Materials der Invaliden- und Angestelltenversicherung den Versuch, das Einkommen der Arbeiter und Angestellten festzustellen und die Verschiebungen in den Einkommensverhältnissen festzustellen. Ein jeder lobenswerter Beginn, von dem man nur wünschen kann, daß es Erfolg hat. Zunächst ist es von Interesse, daß in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres eine Erhöhung der tarifmäßigen Löhne von 8 bis 9 Proz. festgestellt wird. Darin zeigen sich die gewerkschaftlichen Erfolge der letzten Monate sehr deutlich. Denn es darf wohl als ausgeschlossen gelten, daß ohne den kräftigen Vorstoß der Gewerkschaften eine solche Verbesserung eingetreten wäre.

Doch trotzdem zeigen die Untersuchungen des Instituts, mit welchem Hungereinkommen der größte Teil der deutschen Bevölkerung noch zu rechnen hat. Im März 1927 hatten 55,9 Proz. der invalidenversicherten Arbeiter ein Einkommen bis zu 21 M. die Woche. Bei den Angestellten hatten 37,5 Proz. aller Versicherten ein Einkommen bis zu 100 M. pro Monat. Doch dürften die Feststellungen im einzelnen von so hohem Interesse sein, daß wir die Zahlen hier bekannt geben.

Lohnklasse	Wochenlohn	Jahr der voll versicherten Personen im Durchschnitt Januar-März entfallen auf die einzelnen Lohnklassen:	
	Reichsanteil	absolut	% der Versicherten
1	bis 6	946 877	16,3
2	6-12	2 527 931	16,9
3	12-18	3 015 055	20,2
4	18-24	1 870 070	12,5
5	24-30	1 399 895	9,4
6	über 30	5 178 758	34,7
1-6		14 938 586	100,0

Bei den Angestellten, die der Angestelltenversicherung unterliegen, ergibt sich ein ähnliches Bild. Ein Monatsgehalt bis 50 M. hatten 19,8 Proz., über 50 bis 100 M. 17,5 Proz., über 100 bis 200 M. 32,7 Proz., über 200 bis 300 M. 17,5 Proz., über 300 bis 400 M. 8 Proz., und über 400 M. 1,1 Proz. der Versicherten. Rund 9,1 Millionen der versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten hatten ein Einkommen von weniger als 100 M. pro Monat. Das Arbeitseinkommen der hier erfassten Arbeiter und Angestellten pro Jahr beträgt ungefähr 22 Milliarden und 400 Millionen Mark.

Es ist eine traurige Feststellung, daß bei den gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich gestiegenen Preisen die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten mit einem Einkommen von weniger als 100 M. pro Monat auskommen muß. Denn ein solcher Lohnsatz reicht auch zum bescheidensten Leben kaum aus. Angesichts dessen muß man sich über die sträfliche Gleichgültigkeit der meisten Hand- und Kopfarbeiter kaum wundern. Die Gewerkschaften müßten mindestens noch einmal so stark sein, wenn jeder der deutschen Arbeiter und Angestellten seine Klassenlage erkennen würde. Die Worte Lassalles gelten immer noch: Mit französischen oder englischen Arbeitern kann man ohne weiteres über die Verbesserung ihrer Lage sprechen, aber dem deutschen Arbeiter muß man erst klar machen, daß er sich in einer elenden Lage befindet.

Für unsere Vertrauensleute müssen die hier mitgeteilten Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung ein Anlaß sein, mit allen Mitteln für Stärkung des Verbandes zu streben.

Scharfmacher Vorsig.

In der „Deutschen Gesellschaft 1911“, die als ein Hort der Volksgemeinschaft gedacht war, sprach kürzlich der Vorsitzende der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Er sang das Scharfmacherlied, das wir jüngst öfter gehört, nur noch in nicht zünftiger Sozialpolitik, aber erst die „Wirtschaft“. Nachstehend: nein, denn jeder muß soviel erarbeiten, wie er verbraucht. Auch wüßten viele Arbeiter nichts mit ihrer freien Zeit anzufangen. Sozialversicherung sei übertrieben. Das Natürliche sei, daß jeder Sparfennig für Zeiten der Not zurücklege, im übrigen müßte die Armenfürsorge eintreten. Ohne die Fürsorge gingen vielleicht 50.000 Menschen zugrunde, aber 4- bis 5000 könnten dann wenigstens Werte schaffen.

Wie unglaublich dumm doch immer noch hervorragende „Wirtschaftsführer“ in Deutschland sind! Man denke sich einen systematischen Abbau der Sozialpolitik und -versicherung, der Erwerbslosenunterstützung usw. Unglaubliches Maßfrenetend würde Revolten auslösen, in denen Vorsig und Genossen den Kopf nicht mehr auf dem Kumpf behielten! Gar nicht zu reden von der Blindheit, die nicht einsehen will, daß sich die schaffenden Menschen im 20. Jahrhundert ihre wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung unter allen Umständen erkämpfen werden.

Solche Scharfmacherreden sind aber weiterer Beweis dafür, wie notwendig der Arbeiter eine starke Organisation braucht!



Der Vorteil der Konsumvereine.

Das Internationale Arbeitsamt hat kürzlich Resultate einer Untersuchung veröffentlicht, die den Beweis erbrachten, daß die Konsumvereine wesentlich billiger sind als der Einzelhandel. Die deutschen Einzelhandelsverbände suchten diese Feststellung von höchster Stelle dadurch zu variieren, daß sie der Weltwirtschaftskonferenz eine Denkschrift überreichten, die das Ergebnis von Probeeinkäufen in 11 Städten enthält, die im Oktober 1925 vorgenommen sein sollen. Eine Prüfung dieser Ergebnisse war nicht möglich, weil seit den Probeeinkäufen 1 1/2 Jahre vergangen sind, und die Namen der Einzelhändler fehlen. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine, gewohnt, jeden Schlag mit einem Gegenschlag nach dem Grundsatze: auf einen Schelm an derbalt, zu variieren, nahm nun seinerseits eine Untersuchung in den gleichen 11 Städten vor. Die Denkschrift des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine wird jetzt der Öffentlichkeit übergeben. Sieht man das auf 22 Seiten Großformat abgedruckte Material durch, so ist man erstaunt über die Resultate nach mehreren Richtungen. Erstens daß der Zentralverband Deutscher Konsumvereine eine so umfassende Untersuchung in so kurzer Zeit (vom 25. April bis zum 10. Mai) zur Durchführung bringen und im Druck vorlegen konnte; zweitens über das Ergebnis an sich, welches für die Konsumgenossenschaften so durchschlagende Erfolge brachte.

Die Schnelligkeit der Untersuchung, Bearbeitung und Drucklegung des Materials zeugt von einer glänzenden Organisation, zu der man den Zentralverband mit aufrichtiger Freude beglückwünschen kann. Die Probeeinkäufe wurden in der Zeit vom 25. bis 27. April in zahlreichen Geschäften von 11 deutschen Groß- und Kleinstädten getätigt. Die Geschäfte sind mit Namen und Adressen aufgeführt. Ueber die Wareneinkäufe wurden bei den einzelnen Konsumvereinen Protokolle geführt. Die haltbaren Waren wurden versiegelt und stehen jederzeit zur Verfügung, also hieb- und stichfestes Material, das jederzeit nachprüfbar ist, was man von der Denkschrift des Einzelhandels nicht sagen kann. Wollte man über die Resultate im einzelnen berichten, wären längere Ausführungen notwendig. Von ganz verschwindenden Ausnahmen abgesehen, wo die Konsumvereine teurer waren, sind die Konsumvereine auf der ganzen Linie in der Preisgestaltung gegenüber dem Einzelhandel im Vorteil. Es sind Preisdifferenzen bis 23 Prozent festgestellt worden, um die die Konsumvereine im Kleinhandel billiger waren, als die Konkurrenzgeschäfte. Teilweise ergeben sich ganz hervorragende Unterschiede. Berücksichtigt man nun noch die den Mitgliedern der Konsumgenossenschaft gewährte Rückvergütung, dann ergibt sich noch ein größerer Vorteil für die Genossenschaftsmitglieder. Die Untersuchung war so umfassend, daß beispielsweise in München in 112 Lebensmittelhandlungen Einkäufe vorgenommen wurden. Die Bäckereiprodukte tun sich besonders hervor, obwohl die Konsumgenossenschaften beinahe ausschließlich ihre Kleinbetriebe durch die bekannten Beschränkungen bezüglich des Verbots der Nachtarbeit nicht so ausnützen können, als dies den Kleinbäckereien möglich ist.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1926.

In einem stattlichen Bande von über 700 Seiten erstattet der Verband seinen Jahresbericht. Reiches Material bieten die Berichte über: Wirtschaftliche Beziehungen zwischen den verschiedenen Genossenschaftsarten; Wirtschaftliche Kämpfe der Genossenschaften; Genossenschaft und Wirtschaft; Der Stand der Bewegung usw. Preisabau, Kohlenwirtschaft, Zolltarif, Gefrierfleischkontingentierung, Zudeckel, Kartellwesen, Steuern und viele andere Vorgänge finden kritische Besprechung. 111 Tabellen geben ein übersichtliches Bild über alle Gebiete der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung. Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Vereine betrug 1923: 3 Millionen, 1924: 1 Million, 1925: 2 Millionen, 1926: 3 Millionen. Am Ende der Inflationszeit 1921 wurden 3,5 Millionen verzeichnet, Ende 1925: 3,2 Millionen. Der Umsatz betrug 1923: 170 Millionen, 1924: 150 Millionen. Die Ziffern sanken um die Wende 1921-25 auf unter 100, stiegen dann aber unauflösbar bis auf 750 Millionen in 1926. In der Inflationszeit rettete sich natürlich manche Hausfrau in den Konsumvereinen, die ihm später nicht trenn blieb. Die trotzdem wachsenden Umsatzziffern zeigen aber die steigende Erkenntnis der Mitglieder von der Notwendigkeit, möglichst viel im Konsumverein zu kaufen.

Genosse Engel von Hamburger Ansich für soziale Fürsorge übernommen. Direkt gegenüber der Station Baumwall lagen zwei Motorboote der Hamburger „Produktion“ bereit und bei herrlichem Wetter ging die Fahrt 1/2 Stunde die Elbe talabwärts nach der Insel Dahmsierand, um die Einrichtungen des Jugendheimgenusses in Augenschein zu nehmen. Die Insel ist 800 m breit, 2 1/2 km lang, 210 Jugendliche verbüßen auf dieser Insel die über sie verhängten Strafen.

Nach dreistündigem Aufenthalt wurden die Motorboote wieder bestiegen, zur selben Zeit, als an der holländischen Küste und im Emslande ein starker Wirbelsturm tobte, der große Verheerungen anrichtete, eine Anzahl Menschenleben vernichtete und der die Stadt Lingen an der Ems besonders hart mitgenommen hat. Bei Donner und Blitz warf die Elbe hohe, schaumgefrönte Wellen und bei heftigem Gewitterregen ging die Fahrt eine Stunde elbaufwärts, um die Ferienkolonie Köhlbrand zu besichtigen.

Die Ferienkolonie Köhlbrand liegt auf dem linken Elbufer gegenüber St. Pauli. Sie ist, wie wir aus den instruktiven Ausführungen des Genossen Engel vom Hamburger Ansich für soziale Fürsorge entnehmen konnten, eine Stätte, die der Hamburger Großstadtjugend Sonne, Licht, Luft und Freude sein soll. Ein Betriebsgebäude mit geräumiger, moderner Küche, in der in fünf je 600 Liter fassenden blühblauen Kesseln gleichzeitig über 3000 Liter Essen zubereitet werden kann, bildet den Stolz der Kolonie. Eine Abwascheinrichtung mit Kalt- und Warmwasserleitung bietet Gewähr, das Geschirr schnell und einwandfrei zu reinigen. Diese Abwascheinrichtung ist eine Notwendigkeit, um so mehr, da der Vortrager mitteilte, daß an den Tagen des stärksten Besuches im Jahre 1926 zweimal 1000 Becher und 4000 Göttemen gereinigt werden mußten. Große Lagerräume sind geschaffen, um die Lebensmittel unterzubringen. Neben der Küche befindet sich ein großer Herrichtsaum und anschließend daran ein geräumiger Wirtschaftshof. Der Platz bietet Gelegenheit, um an den Gemüsetagen das Waschen und Herrichten des frischen Gemüses vorzunehmen zu können. Desgleichen ist im Betriebsgebäude ein großer Unterrichtsraum vorhanden, um den die Kolonie besuchenden geschlossenen Schulklassen die Möglichkeit zum Unterrichten zu geben. 1100 Kleinkinder besuchten im vorigen Sommer die Kolonie, davon eine erhebliche Anzahl während der ganzen Dauer der Kolonizeit. Ein großer Teil dieser Kinder stammt aus den traurigsten Wohn- und Familienverhältnissen. Gerade an diesen Kleinen wird durch die Aufnahme in die Tageskolonie eine vorbeugende Fürsorge betrieben, die die gesundheitliche Entwicklung der Kinder sehr günstig beeinflusst. Es gibt keinen besseren Gesundheitsförderer als die Sonne und die frische Luft, insbesondere wenn eine gute und kräftige Verpflegung vorhanden ist. Insgesamt wurde die Kolonie in der Zeit vom 25. Mai bis 4. September 1926 von 16.068 Kindern mit 140.475 Verpflegungstagen besucht. Der Beitrag der Eltern ist ein geringer. Es sind je Kind und Woche 2,50 M. zu zahlen. Dafür wird freie Fahrt auf der Hoch- bezw. Straßenbahn und auf dem Dampfer gewährt. Sodann erhalten die Kinder bei der Ankunft Kakao in beliebigen Mengen mit zwei

Milchbrötchen, mittags ein kräftiges Mittagessen zum Sattessen und nachmittags je ein halbes Liter frische Milch und eine Schmitte Kuchenbrot. In den heißen Tagen wird zwischen den Pausen Fruchtsaft zum Köchen des Durstes gereicht. Der Speisezettel in der Woche vom 31. Mai bis 5. Juni zeigte folgendes Bild: Montag: Milchkartoffeln und Frischbrot. Dienstag: Milchreis mit Zucker und Zimt. Mittwoch: Spinat mit Ei. Donnerstag: Erbsen mit Speck. Freitag: Kartoffelsalat mit Knackwurst. Sonnabend: Gulasch mit Karroffeln. Große Freude löst es bei den Kleinen aus, wenn als Nachtisch ein Apfel, eine Banane oder eine Apfelsine gegeben wird.

Neben einer guten Verpflegung legt die Kolonie besonderen Wert auf die erzieherische Betreuung der ihr anvertrauten Schützlinge. Für gymnastische und sportliche Betätigung ist in ausreichender Weise Sorge getragen. Spaten, Wasserbälle, Faustbälle und Schulerbälle stehen in ausreichendem Maße zur Verfügung. Den Schulkindern steht zur Unterhaltung eine Bibliothek mit guten Büchern und Jugendbüchern zur Verfügung. Auch wird der Handfertigkeitsunterricht gepflegt. Die Einnahmen der Ferienkolonie Köhlbrand im Jahre 1926 betragen 153.000 M. Diese setzen sich wie folgt zusammen: Kinderbeiträge 73.300 M., Staatszuschuß 58.000 M., Zuschuß aus Reichsmitteln 13.000 M., Spenden vom Jugendamt und sonstige Spenden 200 M., Zuschuß vom Verein Arbeiterwohlfahrt 3000 M., dazu einige 1000 M. verschiedene Zuwendungen.

Seitens der Delegierten wurde der Einrichtung der Kolonie recht reges Interesse entgegengebracht und betont, daß im Laufe der Zeit auch in anderen Gegenden eine Anzahl solcher Tageskolonien entstehen möchten.

Nach eingehender Besichtigung brachten die beiden Motorboote die Delegierten wieder nach der Landungsstelle Baumwall zurück. Alle waren der Heberzeugung, ihre Kenntnisse in bezug auf Fürsorge um ein Wesentliches bereichert zu haben. Mit der Besichtigung des Elbtunnels fand die interessante Reise des Tages ihren Abschluß.

Hamburg ist die bedeutendste Seehandelsstadt des europäischen Festlandes und wird nur noch von London und New York übertroffen. Fr. Waldhecker.

Einkommen und Idealismus.

Idealist zu sein ist etwas Schönes, denn der Idealist glaubt. Er glaubt an das Gute und er leidet für den Sieg. Er opfert sich für einen Gedanken und er selber ist nichts, wenn nicht der Gedanke, den er vertritt, mit ihm und durch ihn dreht.

Darum ist Idealismus schön — wenn er gesund ist. Wenn er wirklich im Leben steht und nicht in Schwärmerie ausartet. Aber das geschieht, wenn die materiellen Lebensbedingungen hintangehoben werden, obwohl sie zu erreichen und zu sichern möglich ist. Der Mensch kann nicht ringen und streben, wenn er nicht

genügend ernährt ist. Er kann nur Idealist sein in ganzer Lebenskraft, wenn er sein Einkommen hat.

Aber da gibt es Menschen, die es für das bezeichnende Merkmal des Idealisten halten, zu hungern. Die den Hunger loben (bei den anderen), weil er für Idealismus sprechen soll.

Ja, leiden und Not ertragen, wenn es sein muß für eine Idee. Das gewerkschaftliche Leben bietet dazu oft, wie z. B. beim Symptabielfest, Gelegenheit. Doch Not leiden aus Prinzip, Not leiden, weil Sattsein nicht Idealismus sei, bedeutet einen unentwickelten Sinn, bedeutet Schwäche, bedeutet Unfreiheit. Wir haben ein Recht zum Leben, ein Recht auf das ganze Leben und damit auch auf das Brot und auf wirtschaftliche Selbstständigkeit und Freiheit. Nur wenn das Einkommen gesichert ist, ist ein wichtiges, auch idealtätiges Recht gewahrt. Nur wer wirtschaftlich genutzelt ist, kann sich seinem Idealismus schenken, unbeeinträchtigt in ganzer ungehinderter Kraftfülle.

Das wirtschaftliche Recht ist damit der gesunde Boden für einen wirklichen frohen Idealismus, und wer dieses Recht nicht anerkennt und seine Erkämpfung gar ablehnt, der ist keine lebensfeste und ganze Persönlichkeit.

Die Uhr.

Es gibt in der Tierwelt Wesen, deren Dasein nur den Sommer über währt, und diesen gibt es, die Jahrhunderte überleben. Menschen gibt es, die in ihrem Schaffen eine bedeutende Rolle im sozialen oder geistigen Leben einnehmen, und Menschen, deren Leben einen bescheidenen Inhalt hat. Und doch, sie alle zusammen sind das Leben, und ob die lebendige Natur da draußen Monate oder Jahrhunderte lebt, ist für Natur in dieser ihrer so unaußergewöhnlichen Gesamtheit. Da jenseits vom Einzelnen ist die Welt und wir können die Wahrheit nur erkennen, wenn wir die Welt betrachten als Ganzes.

Aber das geschieht bei vielen nicht. Sie leben nur für sich und ihr Los und ihr Schicksal, ihre Entwicklung, ihr Glück und ihre Not. Und darum sehen sie unklar. Darum sehen sie die Wahrheit und die Entwicklung und den Fortschritt nicht.

Wie eine Uhr ist der Fortschrittsgang der Welt. Da sind kleine und größere Räder und große und kleinste und jedes geht seinen Gang. Und da sind Räder, die langsam gehen, sehr langsam, und man merkt von ihrem Gehen nichts. Sie scheinen nichts zu bedeuten und, nur sie betrachtet, steht das Schwere still. Und doch geht es, doch schreitet die Zeit, doch ist ein Vorwärt.

Solch ein Rad im Fortschritte der Welt bist du. Und dein Verband ist ein solches Fortschrittsrad. Und alle Gewerkschaftsverbände zusammen. Und das ganze schaffende Volk ist eins. Und eins ist die Menschheit. Und dieses große Gesamtwerk geht. Verzweifle nicht! Fühle dich ein in das Große! Höre auf den Gangschlag der Welt! Die Entwicklung schreitet. Aber laß dich nicht reizen, sondern treibe! Am so schneller zeigt die Uhr die Geschichte vorwärts.

Die Eigenproduktion der Vereine betrug 1903: 13 Millionen, 1913: 100 Millionen, 1921: 90 Millionen, 1926: 186 Millionen Mark.

Die Großverkaufsgesellschaft setzte um 1903: 26 Millionen, 1913: 136, 1926: 231 Millionen Mark. Die Eigenproduktion der GCG betrug 1910: 3 Millionen, 1926: 16 Millionen Mark.

Die Betriebsmittel betrugen 1926: 175 Mill. Mark (Geschäftsguthaben, Reserven und Spargelder), die letzteren betrugen 1926: 112 Millionen Mark, fremde Gelder wurden in Höhe von 67 Millionen Mark verwendet.

So stößt sich auch das Bild der Konsumgenossenschaftlichen Entwicklung zeigt: es ist doch nur der Anfang, die Entwicklung muß noch rascher vor sich gehen, die Bewegung noch viel mächtiger werden durch die Treue jeder einzelnen Genossenschaftsfamilie, zum Segen der arbeitenden Klasse!

Unter Konsumgenossenschaftlicher Flagge.

Geschichte der Geyag von Fritz Klein. Verlag: Geyag, Köln. Geyag ist die Großverkaufs- und Produktions-G. G. der christlichen Konsumvereine. Klein gibt in dem hübsch ausgestatteten Buch von rund 100 Seiten eine anschauliche Darstellung der Entwicklung der Geyag. Die Konsumgenossenschaftsbewegung will eine neue soziale, antikapitalistische Wirtschaftsform werden und sein. Sie kann es nicht werden durch die Einzelgenossenschaft, die abhängig wäre vom Privatkapital und ihm mehr oder minder tributpflichtig, sondern nur durch den organisierten Großverkauf und die organisierte Eigenproduktion. So wird Schritt für Schritt die Verwertung privatkapitalistischer Einrichtungen zurückgedrängt und an ihre Stelle tritt der genossenschaftliche Betrieb. So wie heute die private Wirtschaft internationale Trusts und Konzerne schafft, so wird auch die Konsumgenossenschaftsbewegung auf dem Gebiet des Warenverkehrs zu internationalen Verbindungen kommen müssen, deren Anfänge schon erkenntlich sind.

... Jeder Volksfreund, der mit Besorgnis die steigende kapitalistische Macht sieht, die sich geradezu wie eine Lawine über Länder und Erdteile ergießt, wird die sich entwickelnde, gemeinnützige genossenschaftliche Macht begrüßen. Diese Worte aus dem Vorwort von Schlaack, dem Generaldirektor der Geyag zeigen, in welchem Sinne auch die christlichen Genossenschaften ihre Bewegung auffassen.

Aus den Einzelgenossenschaften in der M.-Gladbacher Gegend entstand 1901 eine Zentraleinkaufsgenossenschaft, ein Zentrallager wurde 1902 eröffnet. Die Gründung kam aber nicht vorwärts, sie hatte 1902 einen Monatsumsatz von kaum 20.000 M. Der Köln-Mülheimer Konsumverein „Eintracht“ mit Schlaack an der Spitze ergriff später die Initiative zur Gründung eines Verbandes der christlichen Konsumvereine, der 1912: 101 Vereine umfaßte. Im selben Jahre wurde die Großverkaufszentrale begründet. Der Umsatz betrug 1914: 11,1 Mill. M., 1919: 26,8 Mill. M., 1920 wurde eine neue Zentrale in Düsseldorf-Neisholz bezogen. 1921 wurde die „Großverkaufszentrale“ auf Grund des Genossenschaftsgesetzes gebildet, 1923 wurde sie in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Eigene Druckerei, Vantabellelung, Fleischwaren-, Zigarren- und Seifenfabrik wurden errichtet. 1926 wurde ein neues großes Heim in Köln bezogen. Der Umsatz betrug 1911: 11,5, 1921: 21, 1925: 31,5, 1926: 43,2 Millionen Mark. Die christlichen Konsumvereine setzten mit der Vantabellelung 1925 150 Mill. M. um. Die Kaffeebrennerei setzte 1926 für 2,1 Mill. M. um, die Fleischwarenfabrik 1,5 Mill. M. (Diese Abteilung war 1925 zusammen mit einer Privatfirma errichtet. Das erwies sich als ein Fehlschlag, weshalb die Verbindung gelöst wurde.) Die Seifenfabrik setzte 1926 für 2,1 Mill., die Zigarrenfabrik für 267.000 Mark um. Die Gesamtgenossenschaft betrug 1926: 6,3 Mill. M., das sind 14,6 Prozent des Gesamtumsatzes der Geyag.

Die ganze Entwicklung zeigt ein erfreuliches Bild. An Bedeutung wird die Bewegung natürlich nie an unsere GCG heranreichen, da sie vornehmlich auf den Westen Deutschlands mit seiner zum erheblichen Teil katholischen Bevölkerung beschränkt ist.

Zum Kapitel: „Berufskrankheiten“.

Eine ziemlich unsicher herrscht noch bei den Versicherungs-trägern und in der Rechtsprechung bei Behandlung von Ansprüchen auf Grund der „Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten“ vom 12. Mai 1925. Besonders war bisher streitig, ob die zu dieser Verordnung vom Reichsarbeitsminister herausgegebenen „Richtlinien“ als eine erschöpfende Aufzeichnung aller zu entschädigenden Berufskrankheiten zu gelten haben und ihnen rechtsbindende Kraft innewohne.

Das Reichsversicherungsamt hat nun in einer grundsätzlichen Entscheidung zu jener Frage Stellung genommen. Es war ein Versicherter mit seinem Rentenanspruch für ein Ungeheuer, das er als Folge dauernder Einatmung von Schwefelkohlenstoff in die Lunge anfangs, vom Oberversicherungsamt abgewiesen worden, weil in den „Richtlinien“ als Erkrankungsformen durch Schwefelkohlenstoff nur Erkrankungen des Nervensystems und psychische Erkrankungen, nicht aber Lungenerkrankungen, aufgeführt seien. Das Reichsversicherungsamt hat diese Entscheidung des Oberversicherungsamts aufgehoben, ebenso den ablehnenden Bescheid der Berufsgenossenschaft, welche in einer erneuten Prüfung bei Anhörung des behandelnden Arztes und des im Sinne des § 7 der Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten „geeigneten Arztes“ eingetreten soll. In grundsätzlicher Beziehung führt die Entscheidung unter anderem aus (Amtliche Nachrichten 1927, S. 231 ff.):

„Wie aus der Begründung zu der Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten zu ersehen ist, hat der Gesetzgeber, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, den Vorschlag, nur bestimmte Krankheiten, Krankheitserscheinungen, unter den Schutz der Unfallversicherung zu stellen, sich nicht zu eigen gemacht. Er hat vielmehr im allgemeinen alle durch bestimmte schädliche Stoffe und Strahlen verursachten Erkrankungen dem Versicherungsschutz unterstellt. Nur zur Überwindung der Schwierigkeiten, die namentlich im Anfang, bei der Durchführung der Verordnung dadurch entstehen konnten, daß die Frage zweifelhaft wurde, ob eine Krankheitserscheinung Folge eines solchen Stoffes usw. ist, sollten „Richtlinien“ herausgegeben werden. Wollte man diesen als Hilfe gedachten Richtlinien rechtlich bindende Kraft beilegen, so würde auf diesem Umwege gerade das Ergebnis erzielt werden, das der Gesetzgeber bei Erlassung der Verordnung verworfen hat, als er anstelle bestimmter Krankheitsvorgänge schlichtweg alle Schädigungen durch bestimmte schädliche Stoffe den Betriebsunfällen gleichstellte. Deshalb sagt auch die Begründung zu der erwähnten Verordnung in ihrem „Besonderen Teile“ von den Richtlinien, sie sollen, „ohne die Bedeutung einer umfassenden Auslegung des Begriffs der gewerblichen Berufskrankheiten zu haben, der Verwaltung und Rechtsprechung die Anwendung der Verordnung erleichtern.“ ... Die Frage, ob das Ungeheuer des Klägers Folge der von ihm behaupteten Einwirkung von Schwefelkohlenstoff ist, kann also nicht vom Richter lediglich auf Grund der Richtlinien entschieden werden.“

Arbeiterversicherung

Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes.

Die Novelle zur Änderung des Reichs-Knappschaftsgesetzes, die im vorigen Jahre im Reichstage verabschiedet wurde, enthält, wie jedes neue Gesetz, einige Bestimmungen, über deren Auslegung Zweifel entstanden. Allmählich werden sie nun von der obersten rechtsprechenden Instanz in Sozialversicherungsangelegenheiten, dem Reichsversicherungsamt, geklärt. In nachstehenden lassen wir zwei Urteile folgen, die in letzter Zeit gefällt worden sind:

Kindererbschaftsverhältnis.

Nach einem Urteil des Reichsversicherungsamts besteht ein Kindererbschaftsverhältnis nur dann, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.

Begründung des Urteils:

Die Feststellung, daß der Kläger ein an Kindererbschaft angelegenes Kind des am 1. April 1918 im Felde gefallenen Grubenarbeiters Heinrich B. nicht ist, hat das Knappschaftsüberversicherungsamt einwandfrei getroffen. Es haben allerdings, wie aus dem Schreiben der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge hervorgeht, noch zu Lebzeiten des Heinrich B. Adoptionsverhandlungen zwischen ihm und der Zentrale geschwebt, die Annahme an Kindererbschaft ist aber erst nach dessen Tode durch seine Witwe laut Vertrag vom 7. Januar 1920 erfolgt. Der Wille des Heinrich B. allein, den Kläger an Kindererbschaft anzunehmen, genügt nicht, um die Annahme an Kindererbschaft zu begründen. Unerheblich ist es auch für die Beurteilung des vorliegenden Falles, daß die Witwe des Heinrich B. die erhöhte Witwenrente nach § 40 Abs. 2 des Reichsversorgungsgesetzes und der Kläger selbst Waisenrente nach § 11 Abs. 2 a. a. E. bewilligt erhalten haben, denn beide Bewilligungen sind unabhängig davon ausgesprochen, ob ein Kindererbschaftsverhältnis zu dem gefallenen Heinrich B. bestanden hat.

Eine Waisenrente nach § 12 Abs. 1 der R.V. hat das Knappschafts-Überversicherungsamt daher dem Kläger zu Recht verweigert, da er nicht ein Kind des Heinrich B. im Sinne dieser gesetzlichen Vorschrift ist.“

Begräbnisbeihilfe für Angehörige von Invaliden, die vor dem 1. Januar 1924 invalidisiert worden sind.

Anspruch auf Beihilfe zu den Bestattungskosten beim Tode der Angehörigen eines Knappschaftsinvaliden, dessen Berufsunfähigkeit vor dem 1. Januar 1924 eingetreten ist, besteht gemäß § 250 Abs. 1, in der Fassung vom 25. Juni 1926, nur dann, wenn der Tod der Angehörigen nach dem 30. Juni 1926 eingetreten ist.

Begründung des Urteils:

Die Feststellung des Knappschafts-Überversicherungsamts, daß der Kläger keinen Anspruch auf Begräbnisbeihilfe nach seiner am 19. Dezember 1925 verstorbenen Ehefrau hat, ist zutreffend. Dem Kläger, der bereits seit dem 16. April 1922 invalidisiert worden ist, stehen nur die Ansprüche zu, die nach der zur Zeit seiner Pensionierung geltenden gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorschriften vorgegeben waren. Dazu gehörte der Anspruch auf Begräbnisbeihilfe im Falle des Todes eines Angehörigen nicht. Eine Erweiterung der Ansprüche konnte nur auf Grund einer dies anordnenden Vorschrift eintreten. Eine solche Vorschrift ist nicht ergangen. § 21 Abs. 1 Nr. 1 des Reichs-Knappschaftsgesetzes vom 23. Juni 1923 gilt, soweit er Knappschaftsinvaliden nach dem Tode der Ehefrau und der Kinder einen Beitrag zu den Begräbniskosten gewährt, nur für solche Invaliden, die unter der Herrschaft des Reichs-Knappschaftsgesetzes vom 23. Juni 1923, also nach dem 31. Dezember 1923 invalidisiert worden sind.

Der Hinweis des Klägers auf den in der Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 2. Oktober 1925 (II a Kn 18825/5) behandelten Fall (Revisionsentscheidung Nr. 220) Amtliche Nachrichten des R.V., Seite 42) kann zu einer anderen Beurteilung nicht führen. Dort ist der Witwe eines vor dem 1. Jan. 1924 verstorbenen knappschaftlich Versicherten, die Witwenpension bezogen und sich alsdann unter der Geltung des Reichs-Knappschaftsgesetzes wieder verheiratet hatte, eine Abfindung nach § 33 Abs. 2 des Reichs-Knappschaftsgesetzes vom 23. Juni 1923 zuerkannt worden. Hierbei handelt es sich aber um einen neu begründeten, von dem Revisionsanspruch völlig verschiedenen und selbständigen Anspruch der Witwe selbst, der erst mit der Wiederverheiratung entstand und aus diesen Gründen für gegeben zu erachten war.

Die Begräbnisbeihilfe bildet im Gegenjag dazu einen Bestandteil der dem Knappschaftsinvaliden zur Zeit seiner Pensionierung zuzehenden Ansprüche. Hatte der Knappschaftsinvaliden zur Zeit seiner Pensionierung einen solchen Anspruch nicht, so konnte dieser auch nachträglich nicht mehr entstehen. Aus demselben Grunde ist auch in der Revisionsentscheidung des Reichsversicherungsamts 249 Amtliche Nachrichten des R.V., 1925,

Seite 391) einem Knappschaftsinvaliden, dem vom Jahre 1905 ab eine knappschaftliche Invalidenpension bewilligt worden war, die Zahlung des durch § 32 (jetzt § 10) des Reichs-Knappschaftsgesetzes in der Fassung vom 23. Juni 1923 eingeführten Kindergeldes verweigert worden.

Wenn in § 250 des Reichs-Knappschaftsgesetzes in der vom 1. 7. 1926 ab geltenden Fassung beim Tode der Angehörigen eines Knappschaftsinvaliden ein Anspruch auf Beihilfe zu den Bestattungskosten auch für die Fälle vorgesehen ist, in denen die Berufsunfähigkeit vor dem 1. Januar 1921 eingetreten ist, so kann auch diese Vorschrift einen Anspruch des Klägers auf eine solche Beihilfe nicht begründen, da ihr eine weitergehende rückwirkende Kraft im Gesetz nicht beigelegt und sie daher nur auf Fälle anwendbar ist, in denen der Tod der Angehörigen nach dem 30. Juni 1926 eingetreten ist. Auch die Vorschrift des § 243 Abs. 3 des Reichs-Knappschaftsgesetzes in der neuen Fassung rechtfertigt aus den in der Revisionsentscheidung vom 10. Dezember 1926 (II a Kn 399/26) dargelegten Gründen keine andere Beurteilung. Die Gewährung der Begräbnisbeihilfe an den Kläger war daher nach den in Betracht kommenden Vorschriften nicht angängig.“

Zur Knappschaftskrankenhausrage im Ruhrgebiet.

Daß der Kampf gegen die Errichtung von Knappschaftskrankenhäusern im Ruhrgebiet von kirchlicher Seite mit unwahren Mitteln geführt wurde, haben wir seit Jahren behauptet. Wahrheitswidrig war nach unserer Auffassung die Behauptung, wonach kein Bedürfnis für die Errichtung neuer Knappschaftskrankenhäuser bestände. Man klagte Stein und Bein, daß durch den Bau von zwei bis drei Knappschaftskrankenhäusern der Ruin der konfessionellen Krankenhäuser besiegelt werde. In einer Eingabe, die von dem Leiter des Zweckverbandes konfessioneller Krankenhäuser an den Reichsarbeitsminister gerichtet wurde und die dem Reichsarbeitsminister als Grundlage zu seiner Stellungnahme gegen die Knappschaft diente, schrieb Kaplan A. A. Ten:

„Hiernach erscheint uns der erneute Versuch eines Nachweises für die Notwendigkeit neuer Knappschaftskrankenhäuser im Sinne allgemeiner Krankenhäuser widerlegt. Dies trifft auch zu bezüglich der Forderung nach Knappschaftskrankenhäusern in Steele, Herne und Bottrop, soweit dort allgemeine Krankenanstalten errichtet werden.“

Diese Behauptung machte sich damals die gesamte Zentrums- presse zu eigen. Während klaffte sie jeden an, wer an dieser Selbstwahrheit zu zweifeln wagte. Wir trauten deshalb unseren Augen kaum, als wir im „Berliner Anzeiger“, dem Zentrumsblatt von Herne und Gerthe, in Nr. 149 vom 1. Juni d. J. in einer Abhandlung über christliche Wohlfahrtspflege folgendes lasen:

„Gewiß haben die karitativen Einrichtungen beider Konfessionen, besonders die Krankenhäuser, in den letzten Jahren, teilweise gestützt durch die Bürgerschaft der Stadt, einen Ausbau erfahren; aber wer behauptet, daß sei unnötig gewesen und nur aus jählichem konfessionellem Wettbewerb geschehen, der weiß von den Tatsachen nichts oder will sie nicht wissen. Tatsache ist nämlich, daß auch nach der starken Vermehrung der Bettenzahl in den beiden Krankenhäusern noch lange nicht die Normalzahl nach dem Stande der Bevölkerung von Herne erreicht ist, wie sie nach den Grundzügen des Wohlfahrtsministeriums gefordert werden. Was geschehen ist, entsprang also nicht aus falscher Eifersucht, sondern geschah aus bitterer Notwendigkeit im Interesse einer besseren Versorgung unserer erkrankten Mitbürger.“

Also die bittere Notwendigkeit hat die Kirchengemeinden gezwungen, ihre Krankenhäuser zu erweitern und obgleich Raum für 150 Betten fertiggestellt wurde, genügt die Bettenzahl der Krankenhäuser in Herne noch immer nicht der Normalzahl, die vom Wohlfahrtsminister gefordert wird. Kann es da überhaupt eine bessere Rechtfertigung der Ruhrknappschaft geben als dieser Stoßsenzer von konfessioneller Seite? Ähnlich wie in Herne liegen die Verhältnisse auch an anderen Stellen.

Hoffentlich wird daraus auch das Reichsarbeitsministerium endlich ersehen, wie fürchterlich es 1925 vom Zweckverband konfessioneller Krankenhäuser beschwindelt wurde und seine Stellungnahme gegenüber der Knappschaft revidieren.

Werft die Zeitung nicht achtlos beiseite! Gebt sie weiter an nichtorganisierte Arbeiter!

Arbeiterrecht

Ein langwieriger Arbeitsstreit.

Die Direktion des Kaiserlichen Königshall- und den- u. n. Meyershausen, Landkreis Göttingen, legte bereits am 23. November 1923 ihren Betrieb still wegen einer geringfügigen Differenz mit der etwas über 300 Mann betragenden Belegschaft. Der Betriebsrat ließ durch seine Gewerkschaft, den Bergarbeiterverband, den Schlichtungsausschuß anrufen. Letzterer setzte das Verfahren in der Verhandlung auf Grund des § 86 des B.M.G. aus, da die Bergwerksgesellschaft geltend machte, sie werde Feststellungsergebnisse erheben, um zu beweisen, daß sie zur fristlosen Entlassung der Belegschaft aus einem wichtigen Grunde berechtigt sei. Als wichtiger Grund wurde angegeben, die Mittagsschicht habe die Einfahrt verweigert, sie habe getreift. Dieses wurde bestritten, die Belegschaft hatte lediglich wegen einer schwebenden Lohnregelung die Einfahrt verzögert.

Die Bergwerksgesellschaft strengte ihre Feststellungsklage des hohen Betrages wegen beim Landgericht Göttingen an. Das Landgericht entschied, die Belegschaft sei zu Unrecht entlassen, sie habe nicht getreift, sondern sie sei ausgesperrt. Gegen dieses Urteil legte die Bergwerksgesellschaft Berufung beim Oberlandesgericht Celle ein. Das Oberlandesgericht entschied im März 1927, also nach einem Zeitraum von über drei Jahren, im gleichen Sinne wie das Landgericht. Damit war der Weg frei für die Weiterführung der Streitfrage. Der Schlichtungsausschuß war infolge der Anfang 1924 geänderten Schlichtungsordnung 1927 nicht mehr zuständig, sondern das vorläufige Arbeitsgericht.

Es wurde vor diesem eine Klage anhängig gemacht für einen Mann der Belegschaft und für ein Betriebsratsmitglied, um die Rechtskraft für die gesamte Belegschaft zu bekommen. Der Klageantrag lautete, die Beklagte zu verurteilen, an die Kläger den Lohn zu zahlen für die Zeit der sechsmonatigen Betriebsstilllegung bzw. für den Betriebsrat, der nicht wiedereingestellt wurde, für die Zeit bis zum Antritt einer neuen Arbeitsstelle, was bei manchen ein halbes Jahr und darüber gedauert hat.

Das vorläufige Arbeitsgericht in Göttingen entschied: Für den Mann der Belegschaft und gleichfalls für das Betriebsratsmitglied, dem der erweiterte Schutz des § 96 des B.M.G. in dieser Streitfrage gerichtszeitig abgesprochen wurde, sei ein Wochenlohn in Höhe des a u g e n b l i c k l i c h e n L o h n e s, 38 M., zu zahlen, da die fristlose Entlassung zu Unrecht erfolgt sei und die Kündigungsfrist eine Woche betrage. Gegen dieses Urteil wurde unversehrt Berufung eingelegt. In derselben Streitfrage wurden Anfang 1924 bei dem damals zuständigen Amtsgericht in Göttingen zwei Klagen anhängig gemacht für einen Mann der Belegschaft und für ein Betriebsratsmitglied. Diese Klagen wurden wegen der schon erwähnten Feststellungsklage gleichfalls ausgef. bis 1927. Nach ungefähr sechs Terminen und Anhörung eines auswärtigen Sachverständigen, eines Bergwerksdirektors, entschied das Amtsgericht, dem Mann der Belegschaft sei ein Wochenlohn des 1923 geltenden Lohnes in Höhe von 23 M. zu zahlen. Da die Klage nur teilweise Erfolg hatte, betrug die Kosten für den Kläger infolge der vielen Termine und durch den „Sachverständigen“ ein Mehrfaches des erzielten Betrages.

Da der Anspruch des Betriebsratsmitgliedes 640 M. betrug, erklärte sich das Amtsgericht in dieser Sache für unzuständig. Die Klage wurde dem Landgericht Göttingen übergeben und dieses entschied: Dem Betriebsratsmitglied ist der Lohn in Höhe von 640 Mark zu zahlen, und zwar für die Zeit bis zum Antritt einer neuen Arbeitsstätte.

Wir hatten jetzt also in derselben Sache drei Urteile von drei verschiedenen Gerichten und dreifach verschiedenem Inhalt. Diese drei Urteile merien ein großes Schlaglicht auf die zurzeit bestehende „einheitliche Rechtsprechung“ in der bestehenden Arbeitsgerichtsbarkeit.

In Anbetracht der für sie mäßigen Ausfichten bot die Bergwerksgesellschaft nun einen Vergleich an. Sie wollte 15.000 M. Entschädigung zahlen und die Kosten tragen. Da die Klage lange genug gelaufen hatte und die Beklagte gegen die ergangenen Urteile auch noch Berufung einlegen konnte, bestand die Möglichkeit, daß sich der Prozeß noch ein Jahr hinzuziehen konnte. Dieserhalb nahm die Belegschaft den Vergleich an und das Geld konnte fürzlich verteilt werden.

War der finanzielle Erfolg für den einzelnen auch nicht sehr hoch, so war doch der rechtliche und moralische Erfolg auf Seiten der Arbeitererschaft. Für die Bergwerksgesellschaft war es immerhin ein kleines Lehrfeld.

Die Arbeit als Quelle der Kultur.

25 Jahre

war in diesen Tagen H. Mahler Vorsitzender des Lederarbeiterverbandes. 5000 von 31 000 Lederarbeitern waren bei seinem Aufruf organisiert, einen Angestellten hatte die Organisation. Mit jünger Energie feste sich Mahler für einen Ausbau der Organisation, für das Gauleiterystem usw. ein. Nach Verschmelzung mit den Handhutmachern hatte der Verband 1911 über 16 000 Mitglieder. 1922 hatte der Verband 18 000, 1923: 36 000 Mitglieder. Als Vorsitzender, Redakteur, Internationaler Sekretär usw. hat Mahler vornehmlich zur Stärkung seiner Organisation beigetragen. Möge er noch lange in Gesundheit wirken!

Der Sieg der freien Eisenbahner.

Das endgültige Wahlergebnis der Betriebsräteahlen bei der Reichsbahn liegt jetzt für den Hauptbetriebsrat und die Bezirksbetriebsräte vor. Das besondere Kennzeichen dieser Wahl war ein scharfer Wahlkampf, eine viel stärkere Wahlbeteiligung als im Vorjahre. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 366 190 (i. V. 315 740), die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen 325 772 (291 547). Davon haben erhalten der Einheitsverband 238 087 (214 219), also 73,08 Prozent aller abgegebenen Stimmen; die christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (GdE) 59 258 (50 111) oder 18,11 Prozent, der D.-D. Allgemeine Eisenbahner-Verband (A.E.V.) 23 823 (23 857) oder 7,31 Prozent und der Industrieverband 3 001 (3050) oder 1,2 Prozent. Die Wahlbeteiligung bewegte sich in einzelnen Bezirken zwischen 85 und 97 Prozent; sie betrug im Reichsdurchschnitt rund 90 Prozent.

Im Hauptbetriebsrat, der bei der Hauptverwaltung in Berlin seinen Sitz hat, erhält der Einheitsverband 19 und die GdE 5 Mandate. Der A.E.V. hat einen Sitz an die GdE abgeben müssen und erhält deshalb nur ein Mandat. An diesem Wahlergebnis, das ein voller Erfolg des Einheitsverbandes ist, ist besonders interessant, daß die christliche Gewerkschaft ihren Erfolg dem Industrieverband verbannt. Die Hälfte der Stimmen des Industrieverbandes hätte vollauf genügt, um dem Einheitsverband das von A.E.V. verlorene Mandat zu verschaffen. So ist es der GdE. zugefallen. Das Wahlergebnis in den Bezirksbetriebsräten läßt den Sieg des Einheitsverbandes noch stärker hervortreten als das Ergebnis der Wahl zum Hauptbetriebsrat. Der Einheitsverband hat von 373 Sitzen, die in 30 Bezirksbetriebsräten zu vergeben waren, 291 Sitze erhalten und gewinnt demnach 20 Sitze. Die GdE. erhält 65 Mandate, ihr Gewinn beträgt 7 Sitze, der A.E.V. erhält 15 Mandate und verliert 4 Sitze an den Einheitsverband, der Industrieverband hat von seinen 41 Mandaten nur noch eins im Bezirk Berlin erhalten können.

Kameraden! Macht es nach bei der Arbeits-kamerwahl!



Aus dem Kreise der Kameraden

Rosenkranz †.

Anfang Juni starb in Alteneffen der Bergmann Rosenkranz. Er spielte in den 70er Jahren eine Rolle in der damaligen christlich-sozialen (katholischen) Arbeiterbewegung. Zusammen mit H. J. J. J. J., dem sozialdemokratischen Abgeordneten, versuchte er die Gründung eines „neutralen“ Bergarbeiterverbandes. Die katholische Geistlichkeit wollte aber von einem solchen Verband nichts wissen und so ging es damit nicht vorwärts. Dieser Vorkämpfer der Bergarbeiterorganisation kam später in die christliche Bergarbeiterbewegung, trat aber seit langer Zeit nicht mehr öffentlich hervor. Er ist 83 Jahre alt geworden.

Schiedsprüche im Bergbau.

Berichtigung.

Zu der letzten Nummer der „Bergarb.-Ztg.“ haben wir irrtümlich den Lohnschiedspruch für Oberschlesien an den Schiedspruch für Niederschlesien angehängt. Zu beachten ist deshalb, daß der in der ersten Spalte, fünfte Seite, veröffentlichte Lohnschiedspruch für den ober-schlesischen Bergbau gilt.

Der Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet.

Die Entwicklung auf dem westfälisch-lippischen Arbeitsmarkt hat dazu geführt, daß der Anteil der aus Mitteln der Krisen-fürsorge betreuten Erwerbslosen einschließlich der Notstands-arbeiter am Gesamtumfang der Erwerbslosigkeit ständig gestiegen ist. Aus dieser Tatsache lassen sich für die Beurteilung der augen-blicklichen Arbeitsmarktlage in Westfalen und Lippe einige interes-sante Schlüsse ziehen. Mitte Dezember 1925 befanden sich von ins-gesamt 130 318 Unterstützungsempfängern und Notstandsarbeitern 12 301 oder 9,1 Prozent in der Krisenfürsorge; bis Mitte Februar 1927 war der Anteil trotz Zunahme der Erwerbslosen-siffern auf 140 221 bereits auf 17,3 Prozent gestiegen und Mitte Mai 1927 ist bei insgesamt 141 967 Erwerbslosen der bisher höchste Stand mit 21,7 Prozent erreicht. Diese starke Steigerung des Anteils der Krisenfürsorge am Umfang der Erwerbslosigkeit er-läutert sich einmal daraus, daß die Zahl der Unterstützungsempfänger und Notstandsarbeiter in der Krisenfürsorge im obigen Zeitraum von 12 301 auf 21 376, d. h. um rund 100 Prozent gestiegen ist (die in den beiden letzten Monaten zu beobachtende geringere No-nahme fällt bisher kaum ins Gewicht). Zum anderen findet sie darin ihre Begründung, daß die gleichen Gruppen von Erwerbs-losen in der Erwerbslosenfürsorge während dieses Zeitraums um rund 50 Prozent abgenommen haben.

Wenngleich der starke Rückgang der Unterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge — die Zahl der Notstandsarbeiter ist ziemlich konstant geblieben — auch zu einem Teil durch den Uebergang der Ausgesetzten in die Krisenfürsorge bedingt ist, so geht doch die Abnahme überwiegend auf die Besserung des Beschäftigungsgrades nicht nur in den Außenberufen, sondern auch in weniger saisonbedingten Gewerbezweigen zurück. Die Ent-wicklung der Kurven dieser beiden Gruppen von Erwerbslosen ist demnach bisher mit Ausnahme der beiden letzten Monate ge-rade entgegengesetzt verlaufen, ein Zeichen dafür, wie schwer es gelangt, die langfristigen Erwerbslosen wieder unterzubringen.

Die vorstehend angeführte Mai-Ziffer über das anteilige Ver-hältnis der Krisenfürsorge an der Erwerbslosigkeit in Westfalen und Lippe läßt erkennen, daß sich ungefähr ein Drittel sämtlicher Erwerbslosen in der Krisenfürsorge befindet. Wenn man sich da-bei vor Augen hält, daß ein erheblicher Teil dieser Erwerbslosen für eine Wiedervermittlung in Arbeit bei den Anforderungen, die das Arbeitsverhältnis heute an den Einzelnen stellt, wegen stark geminderter Erwerbsfähigkeit kaum mehr in Frage kommt — das gleiche gilt für diejenigen Erwerbslosen in der Erwerbslosenfür-sorge, auf die die gleichen Verhältnisse zutreffen —, so darf man

Die Arbeit als Quelle der Kultur.

Arbeit ist der leuchtendste Quell der Menschheit. Ohne die Arbeit, das emigle Schaffen der Millionen auf dem weiten Erdenrund gäbe es keine Kultur, kein Glück und keine Freude. Die Freude am Selbstgeschaffenen hebt den Menschen empor, trägt seine Gedanken in ferne Weiten höherer Hoffnungen. Arbeit ist die beste Freude des Menschen, ich nie verlassender Wohltäter. Und die ganze moderne Kultur, die Wunderwerke der Technik sind Arönung einer seit Jahrtausenden geleisteten emigen Arbeit.

Aber auch das Weltall an sich besteht aus einer Unsumme von mechanischen Leistungen. Kraft und Stoff, das waren die beiden Elemente, die miteinander verbunden, das Weltall dar-stellten. Der Physiologe Robert Mager hat den fundamentalen Grundfals aufgestellt, daß kein Teilchen der bewegenden Energie im Weltall verloren geht, kein Teilchen neu hinzukommt, mithin die Summe der im Universum wirkenden Kräfte unabänderlich ist.

Die Arbeit des Menschen ist ein ununterbrochener Kampf mit der Natur. Menschkraft und Menschenarbeit verbinden sich zu dem Zwecke, eine zweckentsprechende Veränderung des von der Natur gelieferten Stoffes herbeizuföhren. Und aus dieser Veränderung der Naturstoffe erböhnen die Resultate der Arbeit, erwachsen die Wunder der Technik. An den ägyptischen Pyramiden und anderen Denkmälern alter Baukunst bewundern die Menschen die mit primitiven Mitteln geleistete Unsumme von Vürgen. Wir vermehren die rauhenden Feste zu hören, die in diesem zerfallenen Gemäuer einmal stattgefunden haben. Aber nichts ergreift uns so sehr als der Gedanke von der Arbeit, die geleistet werden mußte, um diese Vürgen auf steilen Höhen zu errichten.

Heute ist die Arbeit leichter als früher. Dennoch haben die Menschen zumeist die Freude an ihr verloren. Sie ist für viele eine Bürde, die sie nur widerwillig mit sich herum-schleppen. Nicht immer ist dies so gewesen. Arbeit und Spiel wohnten früher beieinander. Der Rhythmus war das Verbindungsglied. Mit dem Rhythmus, dem Gleichmaß der Bewegungen, die vom Gesang oder beispielsweise dem „Holz her!“ der Zimmerleute, dem „Hopp — hopp!“ beim Lastenheben usw. begleitet waren, wurde eine Steigerung der Produktivität erzielt. Karl Bücher bezeichnet den Rhythmus als den Pulsschlag der Arbeit. Heute ist die Arbeit zum größten Teil dieser romantischen Würde entkleidet.

Die Arbeit wurde zum Fluch, als die Slawenwirtschaft auf-taucht. Die Geldwirtschaft minderte später die Slawerei. Dafür ermöglichte sie aber die Aufpeicherung des Arbeitsvertrages und die Anbarmachung der Arbeit anderer. Mit ihr entstand das kapitalistische Zeitalter, das den Entwicklungsgang der Mensch-heitsgeschichte in raschen Stößen vorwärts trieb. Das Pro-letariat wurde geboren; eine Menschengruppe, die nichts besaß als ihre Hand oder ihren Kopf und somit zur planmäßigen Arbeit im Dienste anderer geboren schien. Doch immer weiter vervollkommnete sich die Technik. Immer riesenhafter wurden die Kräfte der Menschheit. Mit dem Wachsen dieser Kräfte wuchs die Herrschaft über die Natur. Die Elemente, ungebändigte Schrecken der Menschheit von ehemals, wurden in den Dienst gespannt und machten die Herrschaft über die Natur vollständig. So wurde der Mensch der Herr der Erde. Aber Herr über sich selbst wurde er nicht. Im Gegenteil, immer tiefer wurde

er in die Wirnisse der wirtschaftlichen Verhältnisse verfrachtet. Das Geld beherrschte die Welt und den Menschen — das Geld, welches aufgeschwemmte Arbeit darstellt und von denen erarbeitet wurde, die jetzt seine Sklaven sind.

Doch noch immer wuchsen die Wunderwerke der Technik. Und namentlich wir sind Zeitgenossen dieser größten aller Revolutionen der Weltgeschichte. Nach den Angaben der Betriebs- und Gewerbe-zählung vom Jahre 1925 gab es in Deutschland eine mechanische Energie von 30 Millionen Pferdekraften. In diesem Ausmaß haben wir bereits hunderttausende Naturkräfte in unsere Dienste gestellt. Neben einem deutschen Einwohner arbeitet also eine PS oder neben jedem der 20 Mill. Erwerbstätigen in Deutschland sind drei PS unablässig tätig. Wollte ein Mann eine PS leisten, müßte er in einer Sekunde eine Last von 75 Kilo einen Meter hoch heben und diese Leistung dauernd durchhalten. Da auf jeden Erwerbs-tätigen in Deutschland 3 PS kommen, so wird die Kraft eines solchen durchschnittlich um das 226fache gesteigert. Nur auf dieser gewaltigen Höhe der Energieleistungen kann die moderne Kultur behauptet werden. Die Hervorbringung der mechanischen Energie wird noch weiter fortgeschritten und die Herrschaft des Menschen über die Natur noch mehr vervollständigen. Aber letzten Endes war es die Arbeit, die alle diese Wunderwerke schuf.

Wie steht es nun mit dem sogenannten Adel der Arbeit? Wie wird sie geachtet inmitten dieser gewaltigen Entwicklung der Technik? Der Rhythmus ist fast völlig geschwunden. Heute spricht man von Flieharbeit und Rationalisierung. Nicht mehr der Arbeiter kann das Zeitmaß der Arbeit bestimmen, sondern eine Maschine diktiert die Schnelligkeit der Bewegungen. Sind wir recht unterrichtet, so arbeiten am Fließbade Jords 35 000 Menschen. Diese große Zahl von Menschen muß in der Geschwindigkeit ihrer Arbeit einem einzigen Mechanismus gehorchen. Der Rhythmus der Arbeit ist verschwunden, ein toter Mechanismus ist an dessen Stelle getreten. Der Mensch ist in die Technik eingespannt und zu einem Teil der Maschine geworden.

Die ungeheure Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit hat es bewirkt, daß eine große Zahl von Menschen ohne Arbeit zu leben vermag. Geht man an sonnigen Tagen in einer Großstadt durch die Straßen, dann merkt man erst, wie viele Menschen von der Arbeit entbunden sind. Die produktiv tätige Menschheit ernährt sie alle. Und weil ein teilweise übriges Leben auch ohne Arbeit möglich ist, ist die Würde der Arbeit noch weiter gesunken. Jeder strebt danach, ohne harte körperliche Arbeit mög-lichst auf Kosten anderer leben zu können. Der früher so viel besungene Adel der Arbeit ist also im modernen Zeitalter fast völlig geschwunden. Zwar strebt die Rationalisierung der Wirt-schaft ebenfalls danach, den Menschen mehr und mehr von schwerer körperlicher Arbeit zu erlösen und es ist durchaus möglich, daß die in Deutschland zur Verfügung stehende Energie um weitere 60 Millionen PS verfrachtet werden kann. Aber keine Garantie besteht, daß diese Vorteile allen Menschen zugute kommen. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein.

Die Arbeit als Quelle aller Kultur droht zur Unkultur zu werden. Es ist die große, wahrhaft erhabene Mission, die der Arbeiterbewegung und namentlich die Gewerkschaften obliegt, der Arbeit wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die Arbeit muß wieder in der Kultur und die Kultur in der Arbeit aufgehen. Erst dann wird die Erde mit ihrem riesenhaften Reichtum ein Paradies aller. Schaffen wir an diesem Wert, das Arbeit und Kultur in einem einzigen Begriff vereinigt!

daraus unbedenklich den Schluß ziehen, daß der Umfang der Er-werbslosigkeit in Westfalen und Lippe, soweit es sich um noch ar-beitsfähige und arbeitswillige Erwerbslose handelt, zurzeit ge-ringer ist, als die Erwerbslosenziffer erkennen läßt.

Zu diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß sich unter den am 15. Mai 1927 in Westfalen und Lippe gezählten 21 112 Hauptunterstützungsempfängern in der Krisenfürsorge 587 Erwerbslose befanden, die Vollrenten bzw. hohe Teilrenten er-hielten, und 1130 Erwerbslose, die sich im Genus sonstiger Teil-renten befanden. Das sind allein bei der ersten Gruppe mehr als 25 Prozent der Krisenunterstützungsempfänger überhaupt.

Einer Auscheidung aller dieser, die sich eigentlich zu Unrecht in der Erwerbslosenfürsorge bzw. Krisenfürsorge befinden und die infolgedessen auch in der Arbeitsnachweisstatistik mitgezählt werden, stehen jedoch recht erhebliche Widerstände entgegen, da mit ihrer Entfernung aus der Erwerbslosenfürsorge bzw. Krisen-fürsorge in der Mehrzahl der Fälle eine Belastung des kom-menden Wohlfahrtsrats verbunden ist.

Die Arbeitsmarktlage im rheinisch-westfälischen Steinkohlen-bergbau hat in der Berichtswache durch die am 1. Juni erfolgten Entlassungen eine weitere Verschlechterung erfahren. Zwar konnte ein Teil der entlassenen Bergarbeiter, namentlich soweit es sich um die eigentlichen Fachkräfte des Bergbaues handelt, sofort wie-der Arbeit erhalten; der andere Teil mußte aber der Erwerbs-losenfürsorge überwiesen werden. Wenn nach wie vor bei ein-zelnen Zechen des Ruhrkohlenbergbaues ein nur schwer zu be-ziehender Bedarf an bestimmten Arbeitskräften bestehen bleibt, so liegt das daran, daß, abgesehen von den Wohnungs-schwierig-keiten, unter den vorhandenen arbeitssuchenden Bergarbeitern die Kräfte, die die Zechen suchen, nur in verhältnismäßig geringer Anzahl vorhanden sind. Angebot und Nachfrage können daher unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf dem bergbaulichen Arbeitsmarkt nur unzulänglich miteinander ausgeglichen werden.

In der Woche vom 22. bis 28. Mai 1927 wurden wegen Abfah-mangels 23 316 Feierlichkeiten, das heißt arbeitstätig 1689 und wegen Betriebsstörung 830, das heißt arbeitstätig 172, eingelegt.

Ein erotisches Gewächs.

Obder: Die Entwicklung der roten Freiheitsnelke zur gelben Sumpflütle.

Ein Belegschaftsmitglied schreibt uns: In den ersten Jahren nach der Revolution gab es wohl kaum eine Schachtanlage im Ruhrgebiet, auf der nicht sogenannte „Re-volutionsführer“ wie giftige Pilze aus der Erde wucherten. Auch unsere Schachtanlage Langenbrachm 1111 wurde eine kurze Zeit von solch einer Pilze befrachtet. Eine große Zahl von Be-legschaftsmitgliedern folgte willenlos den Weisungen dieses neu-erfundenen Messias. Wo Arbeitergruppen in kleiner oder grö-ßerer Zahl zusammenkamen, da diskutierten sie oft über die Frage, auf welche Weise man diesen Erlöser des Proletariats am besten ehren könne. Und diese diskutierenden Arbeiter hatten, so harm-los ihre Gesichter auch ausähten, den Verzenswunsch ihres Messias entdeckt, welcher lautete: Verschafft mir auf Langenbrachm einen gut honorierten Posten, so werde ich euch nie vergessen. Und die Zeit war mit ihm! Große Not herrschte wohl damals in der Ruhrbergarbeiterchaft, auch Langenbrachm blieb nicht da-von verschont. Die Gewerkschaft selbst bemühte sich, für ihre Be-legschaftsmitglieder an Lebensmitteln heranzuschaffen, was mög-lich war. Zur Ausgabe der Lebensmittel brauchte man nun tüch-tige, und wenn möglich kaufmännisch geschulte Kräfte. Beide Voraussetzungen erfüllte zum Teil der oben erwähnte Messias, hatte er doch im Jahre 1912 in Essen einen Handelskulturstudium absolviert. Von der Zeit an hegte er stets den Wunsch, Kaufmann oder Grubenbeamter zu werden. Die Verwaltung übertrug ihm dann die Ausgabe der Kartoffeln, oder wie man solche Leute da-mals nannte: er wurde „Kartoffelkommissar von Langenbrachm“. Anfänglich sah unser Messias in einem dazu errichteten Kartoffel-feller auf einem Kartoffelfeld und verrichtete sein Amt. Doch er-taunte er bald, daß es auf Langenbrachm bequemere Sitzgelegen-

heiten gäbe als einen dreifigen Kartoffelfeld. Eines Tages wurde der Belegchaft durch Anschlag mitgeteilt, daß in Zukunft die Aus-gabe der Bons zur Kartoffelentnahme auf dem Materialienbureau zu erfolgen hätte. Jeder, der nun Kartoffeln bekam, ging zum erwählten Bureau, drückte auf einen Klingelknopf, der Schalter öffnete sich, und wer sah dort in seiner neuen Beamtenwürde? Unser Messias! Er hatte seine Laufbahn begonnen, denn keiner seiner Getreuen konnte ihn äußerlich von den übrigen dort tätigen Beamten unterscheiden.

Da er nun einmal als „Erlöser der Menschheit“ galt, wurde er auch oft als Delegierter gewählt. So hatte er denn mit noch einem Getreuen eine Sendung zu erfüllen als Delegierter zu einer Konferenz der „revolutionären Bergarbeiterchaft des Ruhr-gebiets“. Der Tagungsort lag zwischen den beiden Ruhrstädten Werden und Kettwig. Hier mußte er nun seine Feuerprobe be-stehen im wahren Sinne des Wortes. Wir alle erinnern uns noch des traurigen Vorganges, welcher sich damals abspielte, als Hauptmann Lichtschlag mit seinem Horden von den Hängen der Ruhr wild in die tagende Versammlung hineinschloß. Eine ungeheure Panik entstand im Saale und jeder veruchte, diesem Heberfall zu entkommen. Doch schon stürzte Leutnant V., ein da-mals berüchtigter Offizier, mit seinen Schergen in den Saal. Auf das Kommando: „Hände hoch!“ wurden die Teilnehmer auf die Straße getrieben. Trotz dieses „strategischen“ Heberfalls gelang es doch einer kleinen Zahl von Delegierten zu entkommen. Auch unser Messias war unter ihnen, denn er hatte die Situation er-faßt. Als die Schierei begann, war er als erster aus dem Saal. Aber sein Weg führte nicht nach draußen, denn dort war kein Entkommen möglich. So ging er in die friedliche Gaststube und stellte sich unter die anderen anwesenden Gäste ans Buffet. Leut-nant V., der mit noch einigen Hebern auch die Gaststube einer Revision unterzog, sah unter anderen auch unseren Helden. Er fuhr ihn barich an mit den Worten: „Aeh, ah, Sie! Gebören Sie auch zu denen da draußen?“ Unser Held nahm darauf eine vorchriftsmäßige Haltung an, griff in seine Brusttasche und holte seinen Militärpaß nebst Föhungszeugnis hervor. „Bitte, Herr Leutnant, bin Kriegsbeschädigter und wollte nur in dieser Ge-gend Kartoffeln kaufen.“ Leutnant V. prüfte seine Papiere, stellte sich in Positur und dachte gewiß, als er den Haß zurückgab: „Na ja! Föhung gut — Strafen keine.“ „Keinirei.“ Kann abtreten!“ Eine stramme Aehrwendung unseres Helden bestätigte die Rich-tigkeit seiner Gedanken.

Seine Getreuen von Langenbrachm, als sie hörten, was sich zwischen Werden und Kettwig abgespielt hatte, befürchteten, es könnte ihm etwas zugestoßen sein und er mußte ihnen deshalb Bericht erstatten. Er erschien an anderen Tagen und erstattete Bericht in jeiner Weise. „Und weiter tönten seine alten Nieder, denn die Getreuen hatten ihn ja wieder!“ Nach kurzer Zeit er-eilte ihn eine Krankheit, die ihn für längere Zeit außer Tätigkei-lette. Nach seiner Wiederherstellung war er auf Befund des Arztes für schwere Arbeit nicht mehr fähig. Nun war guter Rat teuer. Die Wogen der Revolution hatten sich geglätet, und auch unser Messias hatte seine Segel des Aufstrebens eingezogen. Für ihn gab es nur noch die bange Frage: Wie kann ich einen mir zugänglichen Posten im Betrieb erhalten? Wisnardt sagte einmal: „Nach Canossa gehen wir nicht!“ Auch unser Messias hatte dies schon geäußert, wo sich Gelegenheiten bot. Doch kluge Leute rieten ihm, wenn er schon nicht nach Canossa wollte, so solle er wenig-stens den Weg zum Betriebsführer gehen. Nur so wäre es mög-lich, nach langer Krankheit wieder unterzukommen. Und er ging, wenn auch zögernd, denn er kannte die ironische Zunge gewisser Menschen sehr genau, hatte aber Erfolg und wurde zur Ueber-rahmung seiner Getreuen Maschinist im Tagesbetrieb.

Still war es um ihn geworden, sein Wesen veränderte sich wie das eines Eremiten oder Büßers. „Friede sei mit euch!“ war sein Wahlspruch geworden. Wenn seine Jünger von damals ihn zufällig trafen, saßen sie ihn gläubig an und fragten: „Dein-rich, willst Du uns nicht mehr in der Arbeiterbewegung voran-föhren?“ (Fortsetzung auf Seite 7.)



Der Eisenmarkt.

Auf der Tagung des Vereins deutscher Eisengießereien wurden folgende Zahlen gegeben:

Die Roheisenerzeugung hat sich im Jahre 1926 allmählich gehoben. Anfang Januar 1926 waren in Deutschland nur 84 Hochöfen unter Feuer und die Erzeugung betrug rund 690 000 To. Im Juli 1926 waren 85 Hochöfen in Betrieb mit einer Gesamterzeugung von 768 000 To. Ende Dezember 1926 arbeiteten 109 Öfen und es wurden 1 065 000 To. erzeugt. Im April d. J. waren 113 Hochöfen unter Feuer mit einer Gesamterzeugung von 1 052 000 To.

In dem ersten Halbjahr 1926 erfuhr der Roheisenabsatz eine starke Verminderung, die in erster Linie durch den Mangel an Betriebskapital bei der Verbraucherschaft hervorgerufen wurde. Die Roheisenpreise wurden infolge des Valutadumpings der westlichen Konkurrenzländer zum Teil gedrückt. Vor allen Dingen aber machte sich auf den Auslandsmärkten die Konkurrenz Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs bemerkbar. Mitte des Jahres 1926 hatte der Roheisenabsatz einen so niedrigen Stand erreicht, wie wir ihn seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen hatten. Trotz der stark eingeschränkten Erzeugung nahmen die Vorräte auf den Werken fortgesetzt zu und erst gegen Ende des Jahres 1926 trat langsam ein Umschwung ein, der zu einer Erhöhung des Roheisenabsatzes führte.

Die Einfuhr fremden Eisens ging 1926 erheblich zurück. Die Folgen des englischen Bergarbeiterstreiks kamen auf dem deutschen Roheisenmarkt zunächst nicht zur Auswirkung. Insbesondere war anfänglich eine Belebung des Roheisengeschäftes infolge des Streiks nicht festzustellen. Allerdings gingen die regelmäßigen monatlichen Konkurrenzländer zurück. Erst allmählich trat eine Steigerung des Inlandsabsatzes ein, die aber mehr auf eine allgemeine Besserung der gesamten Wirtschaftslage als auf die Auswirkungen des englischen Streiks zurückzuführen war. Die seit Ende 1924 zwischen den Vertretern der deutsch-französisch-luxemburgischen Roheisenhersteller geführten Verhandlungen kamen im November 1926 zum Abschluß. Das Abkommen legt dem Roheisenverband die Verpflichtung auf, den französischen und luxemburgischen Hochofenwerken nicht unbedeutende Kontingente abzunehmen.

Im Oktober wurde die Nachfrage aus England, Belgien, Frankreich sehr reger, so daß zeitweise der Bedarf nicht voll befriedigt werden konnte. In der Inkraftsetzung der amerikanischen Antidumpingverordnung erblickt der Verein eine Unfreundlichkeit gegen Deutschland, denn wenn wir nach Amerika exportieren wollen, bleibt uns letzten Endes doch nichts anderes übrig, als uns den Preisen unserer Konkurrenten, wie z. B. Belgien, Frankreich, Luxemburg, England, anzupassen. Das Gesetz verlangt, daß das deutsche Erzeugnis nach Amerika zum deutschen Inlandspreise, auf keinen Fall billiger verkauft wird. Zu dem deutschen Inlandspreise, gerechnet ab Werk, sind noch Verpackung, Transport, Eingangszoll und Verkaufsspesen hinzuzuschlagen. Nur dann, wenn wir mit den so errechneten Preisen in Amerika konkurrieren können, machen wir uns nicht des Dumpings schuldig. In dem Augenblick aber, wo der unerserselbst in Amerika verlangte Preis, ab deutschem Werk gerechnet, billiger als der in Deutschland für den deutschen Konsum erzielte Preis auskommt, tritt die Antidumpingverordnung in Kraft. Zwar muß der amerikanische Erzeuger, der sich durch die Einfuhr deutschen Materials benachteiligt oder in seiner Existenz gefährdet glaubt, nachweisen, daß er durch die deutsche Einfuhr geschädigt wird, aber es besteht gar kein Zweifel, daß die amerikanischen Erzeuger diesen Nachweis jederzeit bringen werden, um die ihnen unbenkommene Konkurrenz zu verhindern.

Die amerikanische Erzeugung betrug im Jahre 1926 39 700 000 To. Die deutsche Einfuhr nach den Vereinigten Staaten betrug im Jahre 1926 0,4 Proz. dieser Erzeugung. Durch diese geringe Einfuhr deutschen Roheisens glaubt sich die amerikanische Hochofenindustrie gefährdet und hat es erreicht, daß die Antidumpingverordnung gegen deutsches Roheisen in Kraft gesetzt wird, d. h. mit anderen Worten: es ist uns die Möglichkeit vollkommen genommen, zurzeit Roheisen nach den Vereinigten Staaten zu exportieren. Hinzu kommt, daß die amerikanische Regierung zum Schutze der heimischen Industrie den amerikanischen Eingangszoll für Roheisen um 50 Proz., d. h. von 1/2 Dollar auf 1,12 1/2 Dollar erhöht hat. Amerika ist damit zurzeit als Abnehmer für deutsches Roheisen als verloren zu betrachten, und zwar zugunsten anderer europäischer Länder, die von der Antidumpingverordnung nicht betroffen worden sind.

Auf den übrigen Auslandsmärkten müssen wir uns mit der französischen, englischen, holländischen und indischen Konkurrenz wieder um die Geschäfte streiten.

In der Inflationszeit deckten sich die Verbraucher in Frankreich und Belgien stark mit Roheisen ein, nachdem stabilere Verhältnisse eingetreten sind, geht besonders Frankreich, neuerdings auch England stark in den Auslandsmarkt. Italien hat sich trotz Fehlens jeder Rohstoffbasis eine eigene Hochofenindustrie geschaffen, die durch hohe Zölle geschützt ist. Spanien errichtet sich ebenso eine eigene Hochofenindustrie. Das benachbarte Holland, das früher ein reger Abnehmer von uns war, hat seit dem Kriege ein großes Hochofenwerk gebaut. Nach dem Osten ist uns der Absatz durch hohe Zölle gesperrt, und so ist es unsere erste Aufgabe, dahin zu wirken, daß der Absatz im deutschen Inlande sich hebt.

Was die Roheisenerzeugung der Welt anlangt, so betrug die Gesamterzeugung im Jahre 1900 40 Mill. To. und stieg bis zum Jahre 1913 auf 78,4 Mill. To. An diesen 78,4 Mill. To. war Deutschland mit 19 Mill. oder rund 25 Proz. beteiligt. Im Jahre 1921 sank die Welterzeugung auf 38 Mill. To., also auf unter die Hälfte der Erzeugung des Jahres 1913. Dann hob sich die Erzeugung langsam von Jahr zu Jahr und hat im Jahre 1926 mit 78,5 Mill. To. wieder die Erzeugung des Jahres 1913 erreicht, d. h. mit anderen Worten: die Welterzeugung hat in den dreizehn Jahren keinerlei Fortschritte gemacht.

An der Erzeugung des Jahres 1926 ist Deutschland nur mit 9,6 Mill. To. oder 12 Proz. beteiligt, was auf den Verlust Elsaß-Lothringens, Oberschlesiens, die zeitweilige Abtrennung des Saargebiets und den Fortfall von Luxemburg zurückzuführen ist. Die französische Erzeugung ohne das Saargebiet, aber einschließlich Elsaß-Lothringen deckte sich im Jahre 1926 ungefähr mit der deutschen Erzeugung. Die britische Erzeugung ist infolge des Streiks im Jahre 1926 von 6,4 Mill. To. in 1925 auf 2,5 Mill. To. gesunken.

Es ist aber erstaunlich, wie die amerikanische Roheisenerzeugung sich im Laufe der Jahre entwickelt hat. 1900 betrug die Erzeugung der Vereinigten Staaten nur 14 Mill. To., sie stieg 1913 auf 31 Mill. To. und hat nunmehr die gewaltige Höhe von rund 40 Mill. To. erreicht.

Gesteigerter Kohlenabsatz im Mai.

Die Meldung, daß der Absatz des Rhein-Westfälischen Kohlen-Syndikats sich weiter verschlechtert habe, trifft nicht zu. Der arbeitstägliche Gesamtabsatz, der im April mit 235 000 To. gesunken war, hob sich im Mai auf 265 000 To. Bemerkenswertes Lob sich besonders der Absatz ins bestirftene Gebiet (Ausland). Dorthin wurden im April 107 000 und im Mai 113 000 To. arbeitstäglich, ins unbestirftene Gebiet 139 000 To. im April und 147 000 im Mai versandt.

Zwangweise Syndikatsmitgliedschaft.

Das Rhein-Westfälische Kohlen-Syndikat hatte einen Aufnahmeantrag der Märkischen Bergbau-A.G. zu Altendorf-Ruhr einmal abgelehnt und beim zweitenmal die Entscheidung vertagt. Der Reichswirtschaftsminister hat nunmehr auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes die Gesellschaft zum Mitglied des Syndikats bestimmt. Diese Bestimmung hat die Wirkung wie eine Vereinbarung über die Aufnahme als Mitglied. Die Rechtsauffassung des Ministeriums ist vielfach bestritten worden, sie erscheint uns aber rechtlich und praktisch als allein richtige.

Rationalisierung erst nach 10 Jahren wirksam?

Der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Heinrich Brüning, hat einem Pressevertreter gegenüber geäußert, daß die Rationalisierung in Deutschland sich erst in fünf bis zehn Jahren wirksam erweisen würde. Diese pessimistische Auffassung ist natürlich gar nicht berechtigt. Wenn die Rationalisierung so aufgefaßt würde, wie das der Fall

sein sollte, so müßte sich ihre Wirkung: Preissenkung, höhere Löhne, steigender Inlandsabsatz, in Jahresfrist zeigen. Unsere Industriellen wollen aber diese amerikanische Lehre noch immer nicht begreifen. Sie allein wollen Geschäfte machen mit der Rationalisierung, die in dieser Form aber keine volkswirtschaftliche Rationalisierung ist.

Konzerne und Ingenieure.

In der Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure führte Professor Heidebrock aus, was schon in Andeutungen in anderen Zusammenhängen an diesem Tage ausgesprochen worden war, daß die Bildung der großen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse eine Gefahr für die Entwicklung des Ingenieuriums in sich birgt. Die Betonung des finanziellen Ergebnisses, der reinen Zahl, verdrängt die freie Entfaltung der technischen Idee. An die Stelle der Arbeit des einzelnen tritt der Konferenzbeschuß. Selbstständigkeitsgefühl und Persönlichkeitswert gehen verloren. Das Nur-Fabrikieren führt zur Erstarrung und läßt die Schöpferkraft verstieren. An Stelle der Erfolgsfreude tritt der Wunsch nach Gehaltserhöhung, das Verantwortungsgefühl wird in ein bürokratisches Vorgesetztenverhältnis verwandelt. So verlangt Heidebrock eine persönliche Leitung der großen Unternehmungen gegenüber der immer stärker einsetzenden bürokratischen Leitung. Entsprechend fordert er für den Unterricht Vereinfachung und Konzentration und Vermeidung jeder Zersplitterung. Der Ingenieur wird sich nach dem Studium in der industriellen Arbeit am besten entwickeln können, erst der Kampf mit dem Stoff und gegen andere Meinungen und Personen schafft Führerpersönlichkeiten, wie wir sie brauchen. Wenn wir aber solche großen schöpferischen Ingenieure nicht mehr hervorbringen, werden wir große wirtschaftliche Führer überhaupt nicht mehr brauchen.

Technischer Rückstand in Deutschland.

Amerikanische Emaillierwerke arbeiten erheblich rationeller als deutsche. Die deutschen Werke müssen Bleche meist 1x2 qm von der Großindustrie kaufen, während die amerikanische Großindustrie Blechstreifen von 2-5 Fuß Breite und 150 Yards Länge liefert. Die amerikanischen Werke haben dadurch fast keinen Blechabfall und beziffern die so erzielte Ersparnis auf 8 Proz. Außerdem haben die amerikanischen Werke die Produktensorten um mehr als 1/3 gegen früher vermindert. Obwohl die Löhne usw. doppelt so hoch sind als in Deutschland, sind die Preise für Emaillierwaren nur 17 bis 18 Prozent höher. Würde man in Deutschland ebenso praktisch produzieren, so könnte man billiger liefern und höhere Löhne zahlen.

Der Absatz des deutschen Kalisyndikats

im Mai 1927 (erster Monat des Düngejahres 1927-28) betrug 430 713 gegen 418 080 Dz. Reinkali im Monat Mai 1926 (erster Monat des Düngejahres 1926-27). Der Absatz in den ersten fünf Monaten des laufenden Kalenderjahres beträgt 6 320 439 gegen 5 185 859 Dz. Reinkali in den ersten fünf Monaten des Kalenderjahres 1926.

Baustoffwucher.

Wie wenig die Notwendigkeit der Preissenkung begriffen wird, zeigt u. a. der Baumarkt. Die Baustoffpreise haben in den letzten Monaten ständig angezogen, ohne daß dafür eine innere Berechtigung vorlag. In Berlin kosteten Ziegelsteine im Frieden 16 Mk. je 1000,

Bei der Arbeitskammerwahl am 23. Juni wird nur die Liste Nr. 1 gewählt! Tue jeder seine Pflicht!

April 1926: 26 Mk., April 1927: 37 Mk. Nach einer Mitteilung von Dr. Wagner betrug die Lohnerhöhung in dieser Zeit 1 Pf. pro Stunde, so daß daraus die Preissteigerung nicht hergeleitet werden kann. Die Kohlenpreise sind in derselben Zeit stabil geblieben, es kam also auch von dieser Seite kein Zwang zu Preiserhöhungen.

Viel schlimmer aber noch wie mit den Steinen sieht es beim Bauholz aus. Balken kosteten Januar 1927: 84 Mk., Mitte Mai 95 Mk., Kantholz 62 bzw. 73 Mk., Stamm Bretter 160 bzw. 178 Mk. Die Indexziffer für Bauhölzer insgesamt betrug im Januar 1926 140,3, im Januar d. J. 148,3 und Mitte Mai 171.

Die Preissteigerung in diesem Jahre ist besonders beachtlich. Es ist interessant, wenn man demgegenüber einmal feststellt, welche Preise in den preußischen Staatsforsten ab Wald erzielt wurden. Greifen wir die besten Holzsorten heraus, so betrug der Mittelpreis für einen Festmeter Eiche Klasse VI (50 bis 59 cm) im Januar 1927 78,80 und im April 85,84 Mk. Für Fichten wurden im Mittel bezahlt: für die Klasse IV b (45 bis 49 cm) im Januar 38,84 und im April 31,36 Mk. Kiefern wurden in der Klasse VI (60 cm und mehr) zu einem Mittelpreis im Januar von 42,45 und im April von 36,12 Mk. abgesetzt. Außer Eiche erfuhr die Holzpreise ab Wald in den ersten vier Monaten dieses Jahres eine Senkung. Der Index für Bauhölzer stieg hingegen um mehr als 11 Punkte und im Mai war sogar eine Steigerung von 23 Punkten zu verzeichnen. Wie ist etwas dergartiges zu erklären? Der Holzhandel und andere Zwischenstellen müssen hier mit gewaltigen Ueberpreisen arbeiten. Schließlich muß der Mieter in Gestalt höherer Mietpreise alles auf sich nehmen. Die Bauholzpreise sind ein treffliches Beispiel, wie ein Produkt unnützerweise verteuert werden kann. Die ganze Baukonjunktur wird dadurch beeinträchtigt.

Sie leidet an sich schon unter der schwierigen Geldbeschaffung. Die Bauvorhaben sind denn auch wesentlich geringer geworden. Nach der »Bauwelt« wurden in diesem Jahre an Bauvorhaben festgestellt:

Table with 4 columns: Month, Wohnbauten, sonstige Bauten. Rows: 1927 Januar (5264, 766), Februar (6151, 1314), März (7644, 1442), April (5471, 1045).

Setzt sich der Rückgang so fort, so ist das ein sehr bedauerlicher Vorgang, der aber so nicht zu sein brauchte.

Deutsch-englischer Farbentrust.

Nach Besichtigung der Werke der I. G. bei Merseburg durch Vertreter des britischen Chemietrustes ist mit einer Verständigung dieses Trustes mit der I. G. zu rechnen. Beide Konzerne verfügen über 37 Prozent des Weltexports chemischer Produkte.

Die französische Schwerindustrie.

Der Bericht des Comité de Forges de France gibt reiches statistisches Material über die französische Schwerindustrie 1926, die seit 1925 nur der Inflation ihre Erhaltung und ihre Erfolge verdankte.

An Eisenerzen wurden über 39 Mill. To. gefördert, gegen 1913 ein Rückgang um 9 Proz., gegen 1925 aber eine Steigerung um 11 Proz. In den Gebieten von Briey, der Normandie und Anjou überstieg die Erzeugung diejenige von 1913 um 10, 54 bzw. 20 Proz., in den Becken von Metz-Diedenhofen, Longwy, Nancy und den Pyrenäen ging sie um 19, 8, 35 bzw. 39 Proz. zurück. Die Zahl der Arbeiter in den Erzgruben schwankte zwischen 31- und 36 000; letztere Zahl bleibt um 13 Proz. hinter der von 1913 (41 000) zurück. Die mittlere Leistung eines Arbeiters betrug 1925 99,3 To. und 1926 102 To. Rund 11 Mill. To. 24 Proz. mehr als 1925, wurden ausgeführt, zu 85 Proz. nach Belgien-Luxemburg und nur 15 Proz. nach Deutschland und Holland. Außer in Frankreich selbst wurden in den afrikanischen Kolonien 2 229 000 To. Eisenerz, davon 1 646 000 To. in Algerien und 583 000 To. in Tunis erzeugt, 522 770 To. weniger als 1925 infolge des Ausfuhrückgangs nach England (Ausstand der Bergarbeiter).

Die Roheisenerzeugung stieg um 11 Proz. gegen 1925 und um 4 Prozent gegen 1913 (immer in den jetzigen Gebietsgrenzen) auf 9 431 000 To., von denen 89 Proz. auf phosphorhaltiges Gießereirohisen, 8,7 Proz. auf Hämatit und 2,3 Proz. auf Speziallegierungen entfielen. Hiervon erzeugte das östliche Gebiet 41,5, Elsaß-Lothringen 37,9, Nordfrankreich 9,8 Proz. Die Stahlerzeugung von 8 430 000 To., zu 68,9 Proz. Thomasstahl, 0,8 Proz. Bessemerstahl, 29,2 Proz. Martinstahl und 1,1 Proz. Tiegelguß- und Elektrostahl, stieg gegen 1925 um 13 Proz. und gegen 1913 um 21 Proz. An Thomasstahl erzeugte das östliche Gebiet 45, Elsaß-Lothringen 40, Nordfrankreich 9,5 und Westfrankreich 5 Proz., an Martinstahl diese Gebiete 23, 19, 24, 10 Proz., Mittelfrankreich 18 Proz., der Südwesten 3, Südosten 3 und der Westen 10 Proz. 200 000 To. Schrot wurden hauptsächlich nach Italien, ausgeführt. Für den Verkauf wurden 3 150 000 To. Halbzeug hergestellt, zu 44,6 Proz. für die Tochtergesellschaften der Stahlwerke, 26,4 Proz. für den Inlandmarkt und 29 Proz. für die Ausfuhr, an Fertigerzeugnissen 5 486 610 To. Bezüglich letzterer wird bemerkt, daß die normale Erzeugung noch nicht erreicht sei, weil große, im Krieg gänzlich zerstörte Werke noch nicht wieder ausgebaut seien. In der Herstellung von Trägern, Profilen und Walzdraht ist gegen 1925 ein Rückgang zu verzeichnen, dagegen hob sich die von Oberbaumaterial, Blechen, Universaleisen und Handelseisen. In dieser Reihenfolge betrug der Anteil der verschiedenen Sorten an der Gesamterzeugung 15,4, 7,6, 13,5, 15,7 und 36,2 Proz. Die Ausfuhr belief sich auf 3 900 000 To. fertiger und halbfertiger Erzeugnisse einschließlich Saargebiet, 1 150 000 To. Maschinen, die Einfuhr auf 175 000 bzw. 275 000 To. Der Inlandsbedarf betrug mit 7 1/2 Mill. To. 62 Proz. von insgesamt 10 163 000 To. Rohstahl, auf den Kopf der Bevölkerung 177 kg.

Zur allgemeinen Lage führt der Bericht u. a. aus: Trotz der erfreulichen Steigerung der Kohlenförderung mit 51 408 000 To. um 17,5 Proz. gegen 1913 und der Kokszerzeugung mit 3 767 000 To. um 25 Proz. sei der Koks zu teuer, da sein Preis das Siebenfache, der Stahlpreis jedoch nur das Vierfache des Standes von 1913 betrage und für die Herstellung von 1000 Kilo Roheisen noch 1100 bis 1250 Kilo Koks nötig seien. Der hohe Preis des deutschen Koks wird beklagt, da er in keinem Verhältnis zu dem von den deutschen Bezieheren geforderten stehe; doch werden möglichst hohe Kokslieferungen auf Reparationskonto gefordert. Hinter den Ausdruck der Hoffnung auf eine Befreiung der französischen Industrie von der ausländischen Koksabhängigkeit muß angesichts des französischen Kohlenbedarfs, der 1926 die Inlanderzeugung um über 5 Mill. To. überstieg, doch wenigstens für die nächsten Jahre ein Fragezeichen gesetzt werden. Der Bericht fährt fort, daß für die französische Erzgewinnung die einheimische Arbeitskraft nicht ausreicht; es müsse daher wieder die Einwanderung gelernter ausländischer Bergarbeiter gestattet werden, um eine Entwicklung der Erzförderung zu ermöglichen, die mit 11 Mill. To. Ausfuhr im Werte von 244 Mill. Fr. (für 1926) einen wichtigen Faktor in der Handelsbilanz darstelle.

Die Zölle im neuen Zolltarif sind im einzelnen dem Komitee nicht hoch genug, die internationalen Vereinbarungen (Schienenkartell und Rohstahlgemeinschaft) erscheinen ihm als Wege zur wirtschaftlichen Befriedung. Zur Sozialpolitik macht der Bericht die üblichen Unternehmervorhalte.

Rußland hat die höchsten Zölle.

Zölle sind unter Umständen zu rechtfertigen oder zu ertragen, wenn sie vorübergehend Anwendung finden, um hohe Löhne, kürzere Arbeitszeit usw. im eigenen Lande gegen ausländische Schleuderkonkurrenz zu schützen. Ein solcher Fall kommt aber selten vor. In der Regel sollen die Zölle fiskalisch (zugunsten des Staates) wirken. Sinn und Zweck kapitalistischer Zollpolitik ist meist: Hochhaltung der Preise im eigenen Lande, um billiger ins Ausland verkaufen zu können. Die Höhe der Zollmauern vergleicht Wl. W. (Woitinski) im »Vorwärts«, indem er Zolleingänge mit Einfuhrwert in Beziehung setzt. Für Deutschland sind folgende Zahlen kennzeichnend:

Table with 3 columns: Zölle in Mill. Mk., Einfuhr in Mill. Mk., Proz. Einfuhr. Rows: 1925 (13 080, 10 566, 4,5), 1926 (590, 940, 8,9).

Es ist also den besitzenden Klassen Deutschlands gelungen, in kurzer Zeit die Zollmauern auf das Doppelte zu erhöhen, wobei 1. die Verbrauchsbesteuerung um 60 Proz. zugenommen hat (die fiskalische Wirkung des Systems), 2. die Unternehmer die Möglichkeit erhalten haben, die Preise auf dem inneren Markt zu steigern oder auf der erreichten Höhe zu halten (protektionistische Wirkung des Systems).

Am niedrigsten sind gegenwärtig die Zollmauern in den Niederlanden (1,3 Proz. des Einfuhrwertes). Es folgen: Frankreich mit 3,7 Proz., Belgien mit 3,7 Proz., Italien mit 3,9 Proz.

Freilich sind diese letzteren Länder keine grundsätzlichen Verlecher des freien Handels. Die reelle Bedeutung der Zölle wurde aber hier durch die Inflation herabgesetzt, die das Zollsystem vorübergehend ersetzen kann. Dann kommt die Gruppe der Staaten, deren Handelspolitik etwa in demselben Maße protektionistisch wie die deutsche ist: Oesterreich mit 7,1, Schweiz mit 8,7, Norwegen mit 8,7 und Schweden mit 9,6 Proz. des Einfuhrwertes. Merkwürdigerweise gehört auch Großbritannien zu dieser Gruppe, da es recht hohe Zölle von den eingeführten Kolonialwaren und Spirituosen erhebt: im Durchschnitt machen hier die Zolleingänge etwa 8 Prozent des Einfuhrwertes aus. Weit höher sind die Zollmauern um die Vereinigten Staaten von Amerika: im Jahre 1926 wurden an ihren Grenzen an Zöllen 557 Millionen Dollar erhoben, was 12,5 Prozent des Einfuhrwertes ausmacht.

Für viele Waren sind die Zollsätze erheblich höher als der Durchschnitt. In Amerika sind etwa zwei Drittel der Einfuhr zollfrei, aber von den zollpflichtigen Waren werden Zölle durchschnittlich in Höhe von 37,6 Proz. des Wertes erhoben (namentlich von landwirtschaftlichen Produkten 23,3 Proz., von Baumwollwaren 30,7 Proz., von Wollwaren 43,7 Proz., von Tabak 50,7 Proz., von Seidenwaren 53,1 Proz., von Zucker 62,8 Proz.).

Die Vereinigten Staaten können sich aber nicht rühmen, die höchsten Zölle der Welt zu besitzen: der von ihnen aufgestellte Höhenrekord wurde von der Sowjetunion glänzend geschlagen, die im Jahre 1925-26 bei der Einfuhr im Werte von 700 Mill. Rubel rund 150 Mill. Rubel, mehr als 21 Proz., an Zöllen erhoben hat. Das russische Zollsysteem verdient aber näher betrachtet zu werden.

Im Gegensatz zu den anderen Staaten, wo die Zölle den wichtigsten Bestandteil des Schutzsystems bilden, spielen sie im russischen Protektionismus nur eine untergeordnete Rolle: viel wichtiger ist hier das Staatsmonopol des Außenhandels. Der Staat setzt selbst auf den äußeren Märkten die Erzeugnisse des Landes ab und kauft selbst die Waren, die das Land nötig hat, angefangen von der Baumwolle, dem Kautschuk und dem Eisenbahnmateriale bis zu Fahrrädern, Brillen und Gramophonplatten. Um die Nachfrage von einem Markt von 150 Millionen Menschen zu befriedigen, wird ein ungeheures Heer von Beamten aufgestellt, und zwar nach demselben Grundsatz wie die übrigen Sowjetorgane: über den Fachleuten, die die Arbeit zu besorgen haben, werden als Vorgesetzte die Vertrauensmänner der regierenden Partei gestellt, die einer den anderen kontrollieren und eventuell sogar mit Hilfe von besonderen Spitzelabteilungen beaufsichtigen. Diese Bürokratisierung des Außenhandels eines Riesenslandes verschlingt ungeheure Mittel und verteuert die eingeführten Waren auf phantastische Weise. Bei dieser Verteuierung kommen die auf der Grenze erhobenen 21 Proz. des Wertes nicht ernst in Betracht. Die eingeführten Waren werden aber nicht zu den Selbstkosten der Handelsbehörden abgesetzt; es werden in die Verkaufspreise noch die üblichen Verluste bei dem Ausfuhrgeschäft einkalkuliert. Nicht selten kommt es aber auch bei dieser Kalkulation vor, daß die Preise — im Vergleich mit den der einheimischen Waren — sich als zu niedrig erweisen. Dann werden die Preise der eingeführten Waren noch entsprechend heraufgesetzt. Vor kurzem hat die Sowjetregierung alle Zollsätze bedeutend erhöht: Baumwolle auf 21 statt 6 Rubel, gewaschene Wolle auf 60 statt 6 Rubel, Kautschuk auf 30 statt 6 Rubel, Brillen und optische Gläser auf 7500 statt 250 Rubel (alles für einen Doppelzentner).

Teuerungszahlen aus Russland.

Die Lebenshaltung ist in Rußland mehr als doppelt so teuer als vor dem Kriege. Nach der Moskauer wirtschaftlichen Zeitschrift »Ekonomitscheskoje Obsrenie« stand der Lebenshaltungsindex am 1. April im Privathandel auf 2,27, in den Konsumvereinen auf 1,89, im staatlichen Handel auf 1,91, im Durchschnitt auf 2,03, d. h. die Preise waren mehr als doppelt so hoch als 1913.

Die Konsumvereine haben zur Senkung der Preise erheblich beigetragen. 15 gewerbliche Erzeugnisse, die am 1. Mai 1926 = 100 kosteten, kosteten am 1. Januar 1927 bei den Bezirksverbänden 97,1, bei städtischen und Arbeiterkonsumgenossenschaften 96,5, bei ländlichen Genossenschaften 94,0.

gehen? Doch Heinrich verzog lächelnd den Mund und resigniert antwortete er: „Mein Gesundheitszustand ist so, daß ich mir jede Aufregung ersparen muß. Ich darf nicht.“ Die Jünger wußten ja nicht, welchen „Gesundheitszustand“ er meinte, und zogen be- trübt von dannen.

Vor kurzer Zeit tauchte er jedoch wieder auf, aber wie! An einem lauschigen, sicheren Plätzchen der Schachtanlage hing ein Anschlag, der eine Einladung war an Belegschaftsmitglieder, welche gewillt sind, der „Wertgemeinschaft“ beizutreten. Böse Leute behaupten, dieser Anschlag sei der Fälligkeitwechsel des Jahres 1927, weil er die nicht distinktionfähige Unterschrift unseres früheren Messias trug als ersten Vorsitzenden der Wert- gemeinschaft.

Man sagt, er wäre damals nicht ganz bedingungslos Ma- schinist geworden, das Schuldkonto seiner Tätigkeit in bewegter Zeit sind lauter Passiva. Er war es, der in jenen Tagen die Be- legenschaft aufforderte, den Mütt erkaufen zu lassen, die Feuer aus den Kesseln zu reißen, wenn diese oder jene — damals verrückte — Forderung nicht bewilligt werde. Nun bestiegt er sein zweites Sprungbrett zum Verzicht seiner Beamtenlaufbahn. Er will Führer der Gelben werden. Den Posten als ersten Vorsitzenden hat er bereits inne. Die Belegschaft ist überrascht. Das hat keiner von dem früheren „Revolutionär“ erwartet. Wo sich nur einer von diesen Blüten zeigt mit einem Aufnahmestempel, rückt man im weiten Bogen ab und sagt: „Wai! Teufel!“

Die Agitationsweise nimmt Formen an, die der Arbeitsord- nung zuwiderlaufen. So darf man denn gespannt sein, welche Haltung von seiten der Zechenverwaltung eingenommen wird. Der Betriebsrat tut gut, mit klarem Kopf die Dinge zu verfolgen und jeden Aktivposten, der sich ergibt, vorläufig zu verbuchen. Wenn man nun bedenkt, daß besagter Anschlag einen so hübschen Platz fand gegenüber den Anschlägen der Gewerkschaften, die nur an einer zügigen Materede angebracht werden dürfen, so gibt das zum Denken Anlaß. Für unseren Betriebsrat ergibt sich nun die dankbare Aufgabe, festzustellen, inwiefern die Verwaltung diese Intrigue gestattet und evtl. in einer bald stattfindenden Ver- sammlung der Belegschaft Bericht zu erstatten.

Den besonnenen und nüchternen Kameraden aber raten wir: Laßt euch nicht durch verkehrliche Mittel dieser Elemente in dem Vertrauen zu euren Funktionären und der Betriebsvertre- tung erschüttern. Denkt an die Vergangenheit dieser Wirtsköpfe und ihre heutige hüblische Treue. Tretet dem Verbande der Bergarbeiter Deutschlands bei, nur dort könnt ihr in gemeinsamer Mitarbeit am Aufstieg der Arbeiterklasse und zur Besserung eurer Lage erfolgreich wirken!

Versicherungen nur bei der Volksfürsorge.

Daß die privaten Versicherungsunternehmen alles anwenden, um in unseren Kreisen, überhaupt in den breiten Massen der Arbeitnehmerschaft, wieder wie vor der Gründung der Volks- fürsorge Eingang zu finden, ist verständlich, nur gelingt es ihnen nicht mehr so recht, weil die Volksfürsorge in steigendem Maße — ihre großen Erfolge beweisen es — das Ver- trauen der werktätigen Bevölkerung erwirbt. Neuerdings wendet man sich in höflich gehaltenen Schreiben, die auch alle möglichen Versprechungen machen, nicht nur an die Arbeitervereine, Be- triebsräte, Ortsausschüsse des ADGB, Zahlstellen der freigewer- schaftlichen Verbände, sondern — direkt an die Zentral- vorstände der Gewerkschaften selbst, um ins Geschäft zu kommen. Solche Versuche kapitalistischer Versicherungsge- sellschaften, sich in unseren Reihen wieder festzusetzen, müssen erfolg- los bleiben. Vergessen wir nicht, daß die freien Gewerkschaften und die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine ange- schlossenen Gewerkschaften vor Jahren die Volksfürsorge grün-

deten, damit die Arbeitnehmerschaft ihre Versicherungen bei der eigenen Gesellschaft abschließen kann. Diese steht heute groß und stark da und nimmt unter den deutschen Versicherungsunterneh- mungen jetzt schon einen der ersten Plätze ein. Sorgen wir dafür, daß unsere Volksfürsorge sich immer mehr ihrem Doppelziele nähert: das Versicherungsinstitut des arbeitenden Volkes und in- folge ihrer Kapitalanlagepolitik ein Pfeiler der Gemein- schaft zu werden.

Lohnverhandlungen in der Kaliindustrie.

Die am 9. Juni in Berlin stattgefundenen Lohnverhandlungen sind nach mehrstündiger Dauer gescheitert. Die Verbände hatten bekanntlich eine Lohnerhöhung von 80 Pf. pro Schicht beantragt. Der Arbeitgeberverband erklärte, auf diese Forderung kein An- gebot machen zu können.

Wir möchten zunächst mit einer Beurteilung des Verhaltens des Arbeitgeberverbandes, soweit es sich nicht selbst beurteilt, noch zurückhalten. Daß es eine ungeheure Erregung in der Kali- arbeiterchaft auslöste, muß, darüber dürfte sich auch der Arbeit- geberverband kaum im unklaren sein.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 25. Woche (vom 18. bis 18. Juni), fällig. Wir bitten alle Kame- raden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Dem Kameraden Wilhelm Entsch, Zahlstelle Duisburg- Laar, wird gemäß § 7 des Statuts wegen Verbandschädigung eine Rüge erteilt.

Eine Rüge erhält ferner der Kamerad Emil Engel, Zahl- stelle Essen-Mellinghausen. Von einem Anschlag sieht der Vor- stand ab, nach dem Kamerad Engel eine Erklärung der Unter- suchung unterschriftlich anerkannt hat, in welcher gesagt wird:

„Das Schiedsgericht erwartet von dem Kameraden Engel, daß er sich an keinerlei Handlungen beteiligt, die den Interessen des Bergarbeiterverbandes zuwiderlaufen. Der Kamerad Engel verpflichtet sich, nur die Befehle des Verbandes durch die Bergarbeiterverbände zu respektieren und durch- zuführen.“

Der Kamerad Jakob Göbel, Zahlstelle Schonnebeck bei Essen, erhält gleichfalls eine Rüge und wird seines Postens als Ver- trauensmann der Zahlstelle entzogen. Von einem Anschlag sieht der Vorstand ab, nachdem der Kamerad Göbel folgende Erklärung vor dem Untersuchungsausschuß abgegeben hat:

„Dem am 6. April 1927 von der Kommunistischen Partei (Be- zirksleitung Ruhrgebiet) herausgegebenen Rundschreiben an alle Betriebsräte und Zahlstellen des ADGB, stehe ich fern. Mit dem auf dem Briefumschlag, in dem das Rundschreiben verfaßt wurde, aufgedruckten Stempel ist Mißbrauch getrieben worden. Ich billige die Einmischung der Bezirksleitung der Kom- munistischen Partei in Gewerkschaftsangelegen- heiten nicht und erkläre ausdrücklich, daß ich den bisher von der genannten Stelle herausgegebenen Rundschreiben fernstehe und auch nicht an dem Zustandekommen derselben mitgewirkt habe. Es ist mir auch bekannt, daß die Teilnahme an Sonderkonferenzen und die Bildung von Zellen innerhalb des Verbandes durch die Gießener und Dresdener Generalversammlung mit dem Aus- schluß bedroht sind.“

Ich verpflichte mich, in Zukunft alle Handlungen zu unter- lassen, die geeignet sind, den Verband zu schädigen. In Zukunft werde ich mich streng nach den Bestimmungen des Statuts und den Generalversammlungsbeschlüssen richten.“

Dem Mitglied Heinrich Ehlers (D. Nr. 134 797, eingetreten am 11. 12. 21, geb. 30. 3. 02) ist von einem Arbeitskameraden das Mitgliedsbuch gestohlen worden. Der Dieb ist mit dem Buch abgereist. Es ist möglich, daß er versucht, bei Verwaltungsstellen daselbe zu mißbrauchen, um sich Vorteile zu verschaffen. Wir warnen deshalb und bitten, bei Auftauchen des Buches daselbst festzuhalten und an uns einzuliefern. Die Hauptverwaltung.

Gesucht wird von seinen Eltern, da die Mutter schwer erkrankt ist, der Kamerad Erich Gladis, zuletzt Zechen-Arbeiter, ledig, beim Kolonshof. Um Mitteilung der Adresse an den Vater Paul Gladis, Senftenberg N. L., Sternstraße, wird gebeten.

Der Kamerad Menz, Zahlstelle Erita (D. Nr. 1 207 005), wird auf Grund sühnungsgemäßer Bestimmungen aus dem Verbande ausgeschlossen.

Alle Einsendungen von Mitgliedern an die Redaktion, die zur Veröffentlichung bestimmt sind, müssen mit dem Zahlstellen- stempel versehen sein. Einsendungen ohne Zahlstellenstempel wan- dern in den Papierkorb. Die Redaktion.

Bücherrevision.

Stiepel II, vom 15. bis 30. Juni. — Rünthe, Ab 10. Juni. — Büsse, vom 10. bis 25. Juni. — Bücher bereit halten!

Auszahlung von Unterfürsorgungen.

Vrambauer I. Den unterstützungsberechtigten Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 10. u. 25. jeden Monats Verbandsbuch, Krankens- chein und Krankenscheinabritt bzw. Weicheinigung über Arbeits- losigkeit beim Kameraden Romberg, Rudolfstr. 19, abzugeben sind. Die Auszahlung erfolgt dann am 13. bzw. 28. des Monats.

Adressenveränderungen.

Gamborn. Geschäftsstelle u. Arbeitersekretariat ist von Emscher- straße 60 a in das Volkshaus, Mittelstraße 21 11, verlegt worden.

Knappschäftsältesten-Kommission Bochum.

Am Sonntag, den 19. Juni, vormittags 10 Uhr, findet im Lokale Otto Werner in Dahlhausen, Ebergstraße 2, eine Minute vom Bahnhof Dahlhausen, unsere Quartalsversammlung statt. Die Kollegen von Bochum und Wanne fahren mit der Straßenbahn (Linie 8) bis Linden, Bahnhofstraße, und steigen dann um in Linie 7 bis Bahnhof Dahlhausen.

Um rege Teilnahme bittet: Der Vorstand, J. U.: A. Egeling.



Der Sonn' entgegen! Ein Leitfaden für Wanderungen von Erich Haberowelt. Verlag: Wilhelm Stollfuß, Bonn. Preis 1,50 Mk. In dem in hübscher Ausstattung uns vorliegende Büchlein gibt der Verfasser nicht nur praktische Winke für das Wandern, sondern auch einen geschichtlichen Rückblick. Er behandelt dann die neuzeitliche Entwicklung und den Wert von Wandern und Heimat. Weitere Kapitel gelten dem Sehen, dem Landschaftsbild, und seine Beobachtung, dem Wald, dem Winterwandern usw. Vor- bereitung und Durchführung einer Wanderung sowie Ausrüstung sind natürlich in dem Büchlein nicht vergessen. Das Büchlein sollte in der Bücherreihe jeden Wanderers u. Naturfreundes stehen.

Schluss des redaktionellen Teils.

Bettfedern direkt aus Böhmen beziehen viele kluge Kauf- frauen und machen damit immer die besten Erfahrungen. Hervor- ragende gute Qualitäten bei niedrigsten Preisen! Als beliebteste deutsche Bezugsquelle ist bekannt die Firma Rudolf Wabur, Bettfedern-Großhaus, Deichenh, Böhmerwald.



..... und dann - nicht vergessen:

Suppen, Soßen, Salate, Gemüse werden beim Anrichten im Geschmack gekräftigt und verfeinert durch Zusatz einiger Tropfen

MAGGI'S Würze.



Liebreiz besticht!

Eine erfolgreiche Verkäuferin ist von einer wohligen Atmosphäre umgeben. Neben persönlicher Tüchtigkeit fallen ein appetitlicher Mund und angenehm duftender Atem in die Wagschale.

Hier helfen P. K.-Kau-Bonbons, be- sonders nach dem Essen, Trinken und Rauchen. — Nichts Besseres zur Er- haltung der Zähne und Kräftigung des Zahnfleisches bei Erwachsenen und bei Kindern.

WRIGLEY
4 Stück 10Pfg.
WRIGLEY A.G.
FABRIK FRANKFURT a/M

Katalog kostenlos.
auch über Fahrradzubehörteile, Nähmaschinen, Haushaltsartikel, Uhren, Stahlgewerke, Musik- instrumente, Taschen und Revolver.
Versand direkt an Privat!
Billigste Preise! Feinste Qualität!
Sommer & Co. KÖLN, GES.
5 Kreiansen a. Harz Nr. 58

30 Tage zur Probe
mit 5 Jahre Garantie
versenden wir Rasiermesser, Nr. 30 1/2 höhl- gefeilt, RM 1,75. Nr. 59 1/2 höhlgef. RM 2,20. Nr. 60 1/2 höhlgef. RM 2,50. Haarschneide- maschinen 3, 5, 7 mm schneid. RM 3,45. 1. 3, 5 mm schneid. RM 3,95. Porto extra. Versand gegen Nachnahme. Katalog gratis.
Gebr. Wolfertz, Stahlwarenfabrik,
Wald Nr. 68 bei Solingen.

Inserate
in der Berg- arbeiter-Zig.
bringen stets **Erfolg**

Reklamepreis nur 4.00 Mark
trotz echte deutsche Herren-Waterwaße Nr. 62, Raat bern., ca. 30ft. Wert, genau reg. nur 4,00 RM.
Nr. 53, dieselbe m. Schärnier nur 4,50
Nr. 51, dieselbe, echt verfilb. mit Goldrand u. Schärnier nur 5,00
Nr. 55, diej., mit best. Wert nur 6,50
Nr. 58, ganz vergoldet mit Sprungbeutel 12,80
Nr. 39, Damenuhr, verfilbert, mit Goldrand nur 7,50
Nr. 79, diej. kleine Form nur 10,00
Retall-Uhrtafel nur 9,25
Nr. 47, Armbanduhr u. Riemen 8,00
Nr. 44, diej. kleine Form nur 12,00
Wetter, la. Weisungswert, nur 3,00
Banjerette, herstellt, nur 0,50
RM., echt vergoldet nur 2,00 RM.
Goldkett. Rab. Kette nur 5,00 RM.
Box den Uhren verkaufte jährlich ca. 10000 Stück.

Uhren-Müller, Berlin-Tempelhof 175
Friedrich- Frankstr. 16

Ludwigs Breuer
Tabakfabrik
Köln
geg. 1779
empfiehlt ihre 150 Jahre alte Marke
Breuer's
Strangtabak

Hurra! heut' gibts
Oetker Pudding
der schmeckt ja so fein u. da können wir essen, so viel wir wollen u. Multi freut sich noch darüber. — Sie weißes längst, wie kräftig gerade die Oetker- Puddings bei den Kindern wirken. Durch die Zu- bereitung mit der vitaminreichen Milch wird der Nährwert noch erhöht, außerdem enthalten
Dr. Oetker's Puddingpulver
die für den Körperbau erforderlichen biot- und knochenbildenden mineralischen Salze. Viele Sorten, vom einfachen bis zum Oetker-Fein- kost-Pudding ermögl. Ihnen reiche Abwechslung. Weitere Rezepte für Süß- u. Gelee-Speisen finden Sie in dem neuen farbig illustrierten Oetker- Rezeptbuch, Ausgabe F, das Sie für 15 Pfg. bei Ihrem Kaufmann erhalten, wenn nicht vorrätig, gegen Einsendung von Marken von
Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Für unsere Zahlstellen.
Markenmappen für Hauptaffierer 2,50 RM.
Markenmappen für Unteraffierer 1,25 "
Kaffiereklamentumschläge, stark 0,75 "
Kaffiereklamentumschläge, elegant in Leinen 1,50 "
Aktentafeln, Rindleder, 2 Schloß, u. Griff 6. — u. 7,50 "
Zeitungstaschen, prima Rindleder 6,50 "
Zeitungstaschen in Segeltuch 2,25 "
Geldbeutel in Leder 1,— "
Geldbeutel in Segeltuch 0,75 "
Bestellungen sind zu richten an
S. Sandmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38/42

Erstklassige
Fahrräder
mit Garantie, Frei- lauf u. Bereifung in allen Preislagen von
M 39.50 an
Die Aushändigung unserer besten Tourenräder erfolgt bei nur
Anzahlung M 10.-
Wochenrate M 2.50
AUTOFABRIK G.M.B.H.
Berlin-SW 68
Alexandrin - Straße 145
Katalog kostenlos

